

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Werkausschusses Wirtschaftsbetrieb
Ludwigshafen
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin: Freitag, den 01.02.2019

Sitzungsbeginn: 14:05 Uhr

Sitzungsende: 14:22 Uhr

Ort, Raum: Speisesaal, Kaiserwörthdamm 3

Anwesend waren:

Vorsitzender

Klaus Dillinger

SPD-Stadtratsfraktion

Hans Mindl

Udo Scheuermann

Barbara Baur

Antonio Priolo

Julia Caterina Appel

Liberal Konservative Reformer

Andreas Hofmeister

CDU-Stadtratsfraktion

Manfred Schwarz

Roman Bertram

Barbara Defossé

Dr. Reinhard Herzog

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Hans-Uwe Daumann

Christian Brückmann

Heinz Zell

Beratende Mitglieder

Stefan Limburg

Michael Wendel

Kurt Leonhardt

Andrea Köberlein

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Sabine Gerassimatos

Schriftführer/in

Anja Koch

-
Petra Varga

Entschuldigt fehlten:

SPD-Stadtratsfraktion

Frank Meier

Bernd Laubisch

Günther Henkel

Markus Lemberger

Hans-Jürgen Bott

Liberal Konservative Reformer

Andreas Kühner

CDU-Stadtratsfraktion

Wolfgang Leibig

Ulrich Sommer

Heinrich Jöckel

Joannis Choroisis

Marion Schneid

Matthias Beier

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Heike Heß

FDP-Stadtratsfraktion

Friedrich Bauer

Jörg Matzat

Beratende Mitglieder

Helmut Reis

Rene Gaworek

Bernd Schmitt

Klaus Horter

Jonathan Acker

Senol Yildirim

Ingo Oldenburg

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Dr. Liborio Ciccarello

Tagesordnung:

1. Einführung der Grabart "Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld" für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen und redaktionelle Anpassung der Friedhofsatzung zum 01.03.2019 -Beschlussempfehlung-
Vorlage: 20196731
2. Einführung des Gebührentatbestandes „Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld“ und redaktionelle Anpassung der Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung -
Beschlussempfehlung-
Vorlage: 20196691
3. Kanalsanierung Blücherstraße -Erhöhung der Maßnahmegenehmigung-
Vorlage: 20196807
4. Kanalsanierung Ritterstraße -Maßnahmegenehmigung-
Vorlage: 20196693
5. Erneuerung der Rechenanlage und des Zulaufschiebers am BP Kaiserwörth -
Maßnahmegenehmigung-
Vorlage: 20196694
6. Kanalinnensanierung Berliner Straße -Maßnahmegenehmigung-
Vorlage: 20196739

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Werkausschuss Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 Einführung der Grabart "Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld" für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen und redaktionelle Anpassung der Friedhofsatzung zum 01.03.2019 -Beschlussempfehlung-

Protokoll:

Seite 12, §5, Abs.3. Nr.6

Frau Gerassimatos bittet die Bezeichnung „Blindenhunde“ durch „Assistenzhunde“ zu ersetzen.

Der Werkausschuss des Wirtschaftsbetriebs Ludwigshafen möge dem Stadtrat empfehlen zu beschließen:

Die beigefügte Änderungssatzung zur Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein, zuletzt geändert durch Satzung vom 04.07.2013, wird beschlossen.

B e s c h l u s s

Einstimmig angenommen-----

Begründung der Notwendigkeit:

Der erste Bauabschnitt, des im April im Werkausschuss vorgestellten Grabfelds für naturnahe Bestattungen auf dem Friedhof Oggersheim, befindet sich aktuell in der Fertigstellung, so dass dort ab März des Jahres 2019 Beisetzungen durchgeführt werden können. Um die Beisetzungen nach Fertigstellung ausführen zu können, ist es nun notwendig, die entsprechenden Satzungstatbestände zu schaffen.

Die seit 01.01.2010 angewandte und durch Satzung vom 04.07.2013 geänderte Friedhofsatzung soll aufgrund des Wandels der Bestattungskultur, aus Gründen der Praktikabilität und zum besseren Verständnis für die Bürger der Stadt Ludwigshafen am Rhein angepasst werden.

Die wichtigsten Änderungen werden nachfolgend kurz dargestellt:

Grabfeld für naturnahe Bestattungen als alternative Beisetzungsform

Alternative Beisetzungsformen gewinnen immer mehr an Zuspruch. Das Aufkommen neuer Trauer- und Begräbnisformen sowie die Verbreitung eher unüblicher Bestattungsorte machen deutlich, dass die deutsche Bestattungskultur seit einigen Jahren in Bewegung geraten ist. Eine neue Begräbnisform, die seit einigen Jahren teils begrüßt, teils kritisch registriert wird, ist die so genannte Waldbestattung (Friedwald/Ruheforst). Es handelt sich um eine Beisetzungsform, die in eigens dafür ausgewiesenen Waldgebieten vorgenommen wird. Dieses markenrechtlich geschützte Bestattungskonzept stellt eine Alternative zur Beisetzung auf dem Friedhof dar und stammt aus der Schweiz. Seit 2001 findet es auch in Deutschland Verbreitung. Das Interesse an dieser Art der Naturbestattung ist auch nach über 15 Jahren groß, das Tempo, mit dem sich das Konzept verbreitet, ist beachtlich. Um der Abwanderung und dem Bedeutungsverlust des traditionellen Friedhofes als Ort der Trauer und des Gedenkens vorzubeugen, ist in Ludwigshafen mit Inkrafttreten der novellierten Satzung 2010 auf dem Hauptfriedhof die Möglichkeit der Baumbestattung geschaffen worden. Das Konzept der Baumbestattungen hat sich zwar bewährt, aber bei der Baumbestattung besteht nur die Möglichkeit der Urnenbeisetzung. Deshalb ist das Konzept der Baumbestattungen überarbeitet worden. Um den Charakter der so genannten Waldbestattung, bei dem es um Beisetzungen in einer natürlichen Umgebung geht, möglichst nahe zu kommen, wird mit der Satzungsänderung in Oggersheim die Möglichkeit der Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld geschaffen. In einer Wiesenfläche mit Baumbestand können Urnen sowohl am Baum als auch in der Wiese bestattet werden. Auch besteht die Möglichkeit der Sargbestattung in der Wiese. Alle diese Bestattungsformen zählen zu den pflegefreien Grabarten.

Verbesserung der Übersichtlichkeit der einzelnen Grabarten

Die einzelnen Grabarten, die in Ludwigshafen angeboten werden, lassen sich in drei Kategorien unterscheiden:

1. Reihengräber
2. Partnergräber
3. Wahlgräber.

In der derzeitigen Friedhofsatzung ist die Darstellung der einzelnen Kategorien der Grabarten unübersichtlich gestaltet, da alle möglichen Bestattungsformen hintereinander ohne Erläuterung der Eigenschaften und Unterschiede aufgezählt werden. Auf diese wird erst im Anschluss an die Aufzählung in weiteren Paragraphen eingegangen. Dabei wird nicht strikt nach den einzelnen Kategorien der Grabarten getrennt, sondern stellenweise mehrere Grabarten zusammen behandelt, weil sie in einzelnen Punkten gemeinsame Schnittmengen haben. Zum leichteren Verständnis der Bürger, welche Grabarten es gibt und welche Merkmale sie haben, erfolgt eine striktere Trennung in Reihen-, Partner- und Wahlgräber. Die Gliederung ist der Musterfriedhofsatzung des Deutschen Städtetages entnommen.

In der derzeitigen Satzung ist als Begriff für das „Wahlgrab“ der Begriff „Familiengrab“ gewählt worden. Der Begriff „Familiengrab“ ist durch die Einführung neuer Grabarten, z. B. Baumgräber, zunehmend irreführend. Die Baumgräber auf dem Hauptfriedhof haben die Bezeichnung „Familiengrab“. Allerdings kann in ein Baumgrab nur eine Urne beigesetzt werden. Um Verwechslungen und Irreführungen bei den Bürgern, die sich nicht im Detail mit der Friedhofsatzung auskennen, zu vermeiden, wird der Begriff „Familiengrab“ durch den Begriff „Wahlgrab“ ersetzt. Die klassischen Grabformen für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, in die mehrere Särgе und Urnen beigesetzt werden können, erhalten als zusätzliche Bezeichnung die derzeit gültigen Begriffe „Erd-Familiengrab“ und „Urnen-Familiengrab“. Bei diesen beiden Grabarten ist der Begriff „Familiengrab“ nicht irreführend. Die Partnergräber wurden bisher zugewiesen, mit der Änderung besteht die Möglichkeit, den Ort innerhalb der entsprechenden Grabfelder selbst zu wählen.

Verbesserung des Arbeitsschutzes der Bestattungsarbeiter

In der derzeitigen Friedhofsatzung findet sich keine konkrete Regelung für die Grabherstellung bei Erdbestattungen. Arbeitsschutzregelungen der Berufsgenossenschaft sehen vor, dass bei Erdbestattungen die Grabmale, Einfassungen, Fundamente und Grabzubehör entfernt werden müssen. Diesem Erfordernis wird durch die Satzungsänderung Rechnung getragen.

Begründung der Notwendigkeit:

Der erste Bauabschnitt des im April im Werkausschuss vorgestellten Grabfelds für naturnahe Bestattungen auf dem Friedhof Oggersheim befindet sich aktuell in der Fertigstellung, so dass dort ab März des Jahres 2019 Beisetzungen durchgeführt werden können. Um die Beisetzungen nach Fertigstellung ausführen zu können, ist es nun notwendig, die entsprechenden Satzungstatbestände zu schaffen.

Die seit 01.01.2010 angewandte und durch Satzung vom 04.07.2013 geänderte Friedhofsatzung soll aufgrund des Wandels der Bestattungskultur, aus Gründen der Praktikabilität und zum besseren Verständnis für die Bürger der Stadt Ludwigshafen am Rhein angepasst werden.

Die wichtigsten Änderungen werden nachfolgend kurz dargestellt:

Grabfeld für naturnahe Bestattungen als alternative Beisetzungsform

Alternative Beisetzungsformen gewinnen immer mehr an Zuspruch. Das Aufkommen neuer Trauer- und Begräbnisformen sowie die Verbreitung eher unüblicher Bestattungsorte machen deutlich, dass die deutsche Bestattungskultur seit einigen Jahren in Bewegung geraten ist. Eine neue Begräbnisform, die seit einigen Jahren teils begrüßt, teils kritisch registriert wird, ist die so genannte Waldbestattung (Friedwald/Ruheforst). Es handelt sich um eine Beisetzungsform, die in eigens dafür ausgewiesenen Waldgebieten vorgenommen wird. Dieses markenrechtlich geschützte Bestattungskonzept stellt eine Alternative zur Beisetzung auf dem Friedhof dar und stammt aus der Schweiz. Seit 2001 findet es auch in Deutschland Verbreitung. Das Interesse an dieser Art der Naturbestattung ist auch nach über 15 Jahren groß, das Tempo, mit dem sich das Konzept verbreitet, ist beachtlich. Um der Abwanderung und dem Bedeutungsverlust des traditionellen Friedhofes als Ort der Trauer und des Gedenkens vorzubeugen, ist in Ludwigshafen mit Inkrafttreten der novellierten Satzung 2010 auf dem Hauptfriedhof die Möglichkeit der Baumbestattung geschaffen worden. Das Konzept der Baumbestattungen hat sich zwar bewährt, aber bei der Baumbestattung besteht nur die Möglichkeit der Urnenbeisetzung. Deshalb ist das Konzept der Baumbestattungen überarbeitet worden. Um den Charakter der so genannten Waldbestattung, bei dem es um Beisetzungen in einer natürlichen Umgebung geht, möglichst nahe zu kommen, wird mit der Satzungsänderung in Oggersheim die Möglichkeit der Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld geschaffen. In einer Wiesenfläche mit Baumbestand können Urnen sowohl am Baum als auch in der Wiese bestattet werden. Auch besteht die Möglichkeit der Sargbestattung in der Wiese. Alle diese Bestattungsformen zählen zu den pflegefreien Grabarten.

Verbesserung der Übersichtlichkeit der einzelnen Grabarten

Die einzelnen Grabarten, die in Ludwigshafen angeboten werden, lassen sich in drei Kategorien unterscheiden:

1. Reihengräber
2. Partnergräber
3. Wahlgräber.

In der derzeitigen Friedhofsatzung ist die Darstellung der einzelnen Kategorien der Grabarten unübersichtlich gestaltet, da alle möglichen Bestattungsformen hintereinander ohne Erläuterung der Eigenschaften und Unterschiede aufgezählt werden. Auf diese wird erst im Anschluss an die Aufzählung in weiteren Paragraphen eingegangen. Dabei wird nicht strikt nach den einzelnen Kategorien der Grabarten getrennt, sondern stellenweise mehrere Grab-

arten zusammen behandelt, weil sie in einzelnen Punkten gemeinsame Schnittmengen haben. Zum leichteren Verständnis der Bürger, welche Grabarten es gibt und welche Merkmale sie haben, erfolgt eine striktere Trennung in Reihen-, Partner- und Wahlgräber. Die Gliederung ist der Musterfriedhofsatzung des Deutschen Städtetages entnommen.

In der derzeitigen Satzung ist als Begriff für das „Wahlgrab“ der Begriff „Familiengrab“ gewählt worden. Der Begriff „Familiengrab“ ist durch die Einführung neuer Grabarten, z. B. Baumgräber, zunehmend irreführend. Die Baumgräber auf dem Hauptfriedhof haben die Bezeichnung „Familiengrab“. Allerdings kann in ein Baumgrab nur eine Urne beigesetzt werden. Um Verwechslungen und Irreführungen bei den Bürgern, die sich nicht im Detail mit der Friedhofsatzung auskennen, zu vermeiden, wird der Begriff „Familiengrab“ durch den Begriff „Wahlgrab“ ersetzt. Die klassischen Grabformen für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, in die mehrere Särgе und Urnen beigesetzt werden können, erhalten als zusätzliche Bezeichnung die derzeit gültigen Begriffe „Erd-Familiengrab“ und „Urnen-Familiengrab“. Bei diesen beiden Grabarten ist der Begriff „Familiengrab“ nicht irreführend. Die Partnergräber wurden bisher zugewiesen, mit der Änderung besteht die Möglichkeit, den Ort innerhalb der entsprechenden Grabfelder selbst zu wählen.

Verbesserung des Arbeitsschutzes der Bestattungsarbeiter

In der derzeitigen Friedhofsatzung findet sich keine konkrete Regelung für die Grabherstellung bei Erdbestattungen. Arbeitsschutzregelungen der Berufsgenossenschaft sehen vor, dass bei Erdbestattungen die Grabmale, Einfassungen, Fundamente und Grabzubehör entfernt werden müssen. Diesem Erfordernis wird durch die Satzungsänderung Rechnung getragen.

Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl S. 153), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 02.03.2017 (GVBl. S. 21), sowie der §§ 2 Abs. 3, 5 Abs. 2 und 6 Abs. 1 des Bestattungsgesetzes von Rheinland-Pfalz (BestG) vom 04.03.1983 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2014 (GVBl. S. 301), erlässt die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf Beschluss des Stadtrates vom folgende Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung vom 17.12.2009, zuletzt geändert durch Satzung vom 04.07.2013:

§ 1

§ 9 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

- (3) *Aschen müssen spätestens zwei Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden; ist bis dahin der Grabplatz nicht bestimmt, erfolgt die Beisetzung in einer Urnenreihengrabstätte. Bei ordnungsbehördlichen Beisetzungen können von der Friedhofsverwaltung Ausnahmen zugelassen werden.*

§ 2

§ 12 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

- (3) *Vor der Erdbestattung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabmal, Einfassung, Fundament und Grabzubehör entfernen zu lassen. Vor der Urnenbeisetzung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabzubehör entfernen zu lassen. Grabmale sind bei Urnenbeisetzungen zu entfernen, sofern dies zur Durchführung der Beisetzung erforderlich ist. Wenn beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten zu erstatten.*

§ 3

(1) Die Überschrift von § 13 wird wie folgt geändert:

§ 13 Säрге und Urnen

(2) § 13 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

- (5) *Die Bestattung in einer Baumgrabstätte und einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld erfolgt nur in einer dafür vorgesehenen biologisch abbaubaren Urne.*

§ 4

§ 14 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

- (1) *Die Ruhezeit für Leichen und Aschen beträgt 20 Jahre; bei Kindern die vor Vollendung des sechsten Lebensjahres verstorben sind und bei Urnen, die in einer Baumgrabstätte oder einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld bestattet sind,*

beträgt die Ruhezeit 15 Jahre.

§ 5

(1) § 15 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Friedhofsverwaltung als örtlicher Ordnungsbehörde. Die Zustimmung wird nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte sind innerhalb der Stadt Ludwigshafen nicht zulässig.

(2) § 15 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- bzw. Aschenreste können mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Friedhofsverwaltung als örtlicher Ordnungsbehörde in Partner- oder Wahlgrabstätten umgebettet werden, sofern die Nutzungsgebühr der Grabstätte vollständig bezahlt worden ist.

(3) § 15 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

(4) Umbettungen erfolgen nur auf schriftlichen Antrag. Antragsberechtigt sind bei Umbettungen aus Reihengrabstätten die Verantwortlichen nach § 9 Abs. 1 S. 2 BestG. Bei Umbettungen aus Wahl- oder Partnergrabstätten sind die Verantwortlichen nach § 9 Abs. 1 S. 2 BestG antragsberechtigt; die Einwilligung des jeweiligen Nutzungsberechtigten ist nachzuweisen. Die Friedhofsverwaltung ist bei dringendem öffentlichem Interesse berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.

(4) § 15 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

(5) Umbettungen werden ausschließlich von der Friedhofsverwaltung durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung, der bei Leichen nur in den Monaten November bis März möglich ist. Ausgrabungen von Leichen und Aschen erfolgen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Angehörigen der Verstorbenen.

(5) § 15 Abs. 6 wird wie folgt neu gefasst:

(6) Umbettungen von Aschen aus einer Baumgrabstätte oder einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld sind nicht zulässig.

§ 6

§ 16 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

(4) Die Grabstätten werden unterschieden in

- 1. Reihengräber*
- 2. Partnergräber*
- 3. Wahlgräber*

§ 7

(1) Die Überschrift von § 18 wird wie folgt geändert:

§ 18 Partnergräber

(2) § 18 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

(1) Partnergräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als einstellige Grabstätten vergeben. Die Lage der Partnergräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.

(3) § 18 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) Das Nutzungsrecht beginnt mit Aushändigung der Nutzungsurkunde. Es endet nach 30 Jahren mit Ablauf des Kalendermonats, der in seiner Benennung dem der Aushändigung der Nutzungsurkunde entspricht.

(4) § 18 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden, wenn der/die zweite Verstorbene im Partnergrab beigesetzt worden ist. § 20 Abs. 7 bleibt unberührt. Wenn nach Ablauf des Nutzungsrechtes der zweite Partner noch nicht beigesetzt worden ist, kann das Nutzungsrecht um die Dauer der Ruhezeit (§ 14) oder um 5, 10 oder 15 Jahre verlängert werden.

(5) § 18 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

(4) Ein Partnergrab hat folgende Maße:

*1. Partnergrabstätten für die Beisetzung von Leichen:
Länge: 2,30 m Breite: 1,00 m
Abstand: 0,50 m*

*2. Partnergrabstätten für die Beisetzung von Urnen:
Länge: 1,00 m Breite: 0,75 m
Abstand: 0,25 m*

(6) Nach § 18 Abs. 4 wird folgender Abs. 5 eingefügt:

(5) Abweichungen von den Maßen nach Abs. 4 sind zulässig, falls die Planung dies erfordert.

§ 8

(1) Die Überschrift von § 18a wird wie folgt geändert:

§ 18a Partnergräber mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag

(2) § 18a Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

(1) Es werden Erdbeisetzungen und Urnenbeisetzungen in einstelligen Grabstätten durchgeführt. Die Lage der Partnergräber wird durch die Friedhofsverwaltung bestimmt.

(3) § 18a Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

(4) § 18 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

§ 9

§ 19 wird wie folgt neu gefasst:

§ 19 Wahlgräber

(1) Die Wahlgrabstätten werden als

- 1. Wahlgräber für Erdbestattungen (Erd-Familiengräber),*
- 2. Wahlgräber für Urnenbeisetzungen (Urnen-Familiengräber),*
- 3. Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen*
 - a) in Urnenmauernischen,*
 - b) in Urnenstelen,*
 - c) in Urnengemeinschaftsgrabanlagen,*
 - d) in Baumgräbern an einem Gemeinschaftsbaum,*
 - e) als Familienbaum,*
- 4. Wahlgrabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen.*

(2) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Die Lage der Wahlgräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.

(3) Bei Baumgrabstätten und Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld wird auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren verliehen.

(4) Das Nutzungsrecht beginnt mit Aushändigung der Nutzungsurkunde. Es endet nach 25 bis 30 Jahren mit Ablauf des Kalendermonats, der in seiner Benennung dem der Aushändigung der Nutzungsurkunde entspricht. Für Nutzungsrechte, die vor dem 01.01.2006 erworben wurden, bleibt das Nutzungsrecht von 40 Jahren bestehen.

(5) Das Nutzungsrecht kann auf schriftlichen Antrag um die volle Nutzungszeit oder um 5, 10, 15, 20, 25 Jahre verlängert werden. Dem Antrag wird nur stattgegeben, wenn das Wahlgrab ordnungsgemäß angelegt und unterhalten sowie die Nutzungsgebühr vollständig bezahlt worden ist. Bei einer verbleibenden Nutzungszeit des Wahlgrabes über 5 Jahre ist eine Verlängerung nicht möglich. Die Verlängerung erstreckt sich auf die gesamte Grabstätte.

(6) Ein Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengrab) hat die Maße:

Länge: 2,50 m

Breite: 1,00 m

Abstand: 0,50 m

Ein Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengrab) hat die Maße:

Länge: 1,00 m

Breite: 1,00 m

Abstand: 0,25 m

(7) Abweichungen von den Maßen nach Abs. 6 sind zulässig, falls die örtliche Gegebenheit dies erfordert.

§ 10

(1) Die Überschrift von § 20 wird wie folgt geändert:

§ 20 Belegung der Wahl- und Partnergräber

(2) § 20 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

(1) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. Nr. 1 (Erd-Familiengräber) können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) und bis zu vier Ascheurnen beigesetzt werden.

(3) § 18 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) können vier Ascheurnen beigesetzt werden.

(4) § 18 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Erdbestattungen können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) beigesetzt oder eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.

(5) § 20 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

(4) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Urnenbeisetzungen können zwei Urnen beigesetzt werden

(6) § 20 Abs. 6 wird wie folgt neu gefasst:

(6) In einer Baumgrabstätte, die sich an einem Gemeinschaftsbaum befindet, kann eine Urne beigesetzt werden.

(7) Nach § 20 Abs. 6 werden folgende Abs. 6a und 6b eingeführt:

(6a) In einer Baumgrabstätte, die sich an einem Gemeinschaftsbaum befindet, kann eine Urne beigesetzt werden.

(6b) In einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld können in ausgewiesenen Flächen

1. zwei Leichen übereinander oder in Ausnahmefällen eine Leiche und eine Ur-

- ne beigesetzt werden;*
2. *eine Urne beigesetzt werden.*

(8) § 20 Abs. 7 wird wie folgt neu gefasst:

(7) Die Bestattung in einem Wahl- oder Partnergrab ist nur dann zulässig, wenn das Nutzungsrecht an dem Grab sich mindestens bis zum Ende der Ruhezeit der beizusetzenden Leiche oder Urne erstreckt. Endet das Nutzungsrecht vor diesem Zeitpunkt, muss es mindestens um die vollen Jahre verlängert werden, die bis zum Ende der Ruhezeit fehlen. Das gleiche gilt bei mehrstelligen Grabstätten.

(9) § 20 Abs. 8 wird wie folgt neu gefasst:

(8) In einem bereits doppelt belegten Wahlgrab ist die Bestattung einer weiteren Leiche oder Urne nur möglich, wenn die Ruhezeit der zuletzt bestatteten Leiche oder Urne abgelaufen ist.

§ 11

(1) Die Überschrift von § 21 wird wie folgt geändert:

§ 21 Umfang und Rückgabe des Nutzungsrechts an einem Wahl- und Partnergrab

(2) § 21 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

(1) Der Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsatzung das Recht, Verstorbene in dem Wahlgrab bestatten zu lassen und nach seinem Ableben in dem Wahlgrab bestattet zu werden.

(3) § 21 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) Das Nutzungsrecht kann mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auf eine andere Person übertragen werden. Die Übertragung erfolgt nur, wenn die an der Übertragung beteiligten Personen in die Übertragung schriftlich einwilligen. Die Bestimmung des Rechtsnachfolgers soll bereits mit Stellung des Antrages durch schriftliche Erklärung gegenüber der Friedhofsverwaltung erfolgen. Ist eine Bestimmung nicht erfolgt, so geht im Falle des Ablebens des Nutzungsberechtigten das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge über:

- 1. überlebender Ehegatte bzw. eingetragene Lebenspartner,*
- 2. Kinder*
- 3. Enkel,*
- 4. Geschwister,*
- 5. Eltern,*
- 6. die nicht unter Nr. 1 bis 5 fallenden Erben*

(4) § 21 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

(4) Das Nutzungsrecht an einem unbelegten Wahl- oder Partnergrab kann jederzeit zu-

rückgegeben werden. Das Nutzungsrecht an einem belegten Wahl- oder Partnergrab kann erst dann zurückgegeben werden, wenn die Ruhezeit des zuletzt Verstorbenen abgelaufen ist. Die Rückgabe muss vom Nutzungsberechtigten schriftlich bei der Friedhofsverwaltung angezeigt werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Bei der Rückgabe des Nutzungsrechtes wird die entrichtete Gebühr nicht zurückerstattet.

(5) § 21 Abs. 6 wird wie folgt neu gefasst:

(6) Beim Tausch von Wahl- und Partnergräbern sind die Absätze 1 bis 5 entsprechend anzuwenden.

§ 12

§ 26 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

(1) Grabmale und sonstige baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Für die Erstellung, die Abnahmeprüfung und die jährliche Prüfung der Grabanlagen gilt die Technische Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein Akademie e. V. (DENAK) in der aktuellen Ausgabe (Fassung). Für das Errichten und Versetzen von Grabmalen muss bei der Friedhofsverwaltung ein schriftlicher Antrag (Anzeige) nach der TA Grabmal gestellt werden.

§ 13

§ 31 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten, nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahl- und Partnergrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale innerhalb einer Frist von drei Monaten durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt die Grabstätte räumen zu lassen. Holt der Nutzungsberechtigte das Grabmal nicht innerhalb von drei Monaten ab, wird es bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen als herrenlose Sache behandelt.

§ 14

(1) § 32 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:

1. Stehende Grabmale

a) bei einstelligen Gräbern:

Höhe 0,80 bis 1,20 m, Breite bis 0,60 m, Mindeststärke 0,18 m;

b) bei mehrstelligen Gräbern:

Höhe 1,00 bis 1,20 m, Breite bis 1,40 m, Mindeststärke 0,18 m,

2. Liegende Grabmale

a) bei einstelligen Gräbern:

Breite bis 0,60 m, Länge 0,70 bis 0,90 m, Höhe 0,14 m bis 0,30 m;

b) bei mehrstelligen Gräbern:

Breite bis 0,75 m, Länge 0,80 bis 1,20 m, Höhe 0,14 bis 0,30 m.

(2) § 32 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Urnenbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:

1. Stehende Grabmale mit quadratischem oder rundem Grundriss 0,40 x 0,40 m, Höhe 0,80 bis 1,20 m;
2. Liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höchstmaß 0,70 x 0,70 m, Höhe der hinteren Kante 0,16 m

(3) § 32 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

(6) Für Urnenstelen, Urnengemeinschaftsgrabanlagen, Baumbestattungen und Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld gelten besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften, die dieser Satzung als Anlage 1, 2, 3 und 4 beigelegt sind. anzuwenden.

§ 15

Die Überschrift der Anlage 1 wird wie folgt geändert:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnenstelen

§ 16

Die Überschrift der Anlage 2 wird wie folgt geändert:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnengemeinschaftsgrabanlage

§ 17

(1) Die Überschrift der Anlage 3 wird wie folgt geändert:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für Baumbestattungen

(2) Anlage 3 wird wie folgt geändert:

Die Baumgrabstätten zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.

Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten den erworbenen Familienbaum bzw. den entsprechenden Grabplatz an einem Gemeinschaftsbaum zur Verfügung.

Im Bereich der Kronentraufen von vorhandenen und neu gepflanzten Bäumen wurden die Grabplätze eingerichtet. Die Bäume wurden als Gruppen- und Einzelbäume angepflanzt.

Das gewachsene, weitestgehend naturbelassene Baumbestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, den Grabplatz zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet.

- 1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten,*
- 2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben,*
- 3. Kerzen und Lampen aufzustellen,*
- 4. Anpflanzungen vorzunehmen.*

Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.

Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.

§ 18

Nach Anlage 3 wird folgende Anlage 4 eingeführt:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für naturnahe Bestattungsfelder

Die Grabstätten im naturnahen Bestattungsfeld zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.

Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten die erworbene Grabstätte im naturnahen Bestattungsfeld zur Verfügung. Die Grabstätten werden im naturnahen Bestattungsfeld in ausgewiesenen Flächen erstellt.

Das gewachsene und weitestgehend naturbelassene naturnahe Bestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, das Bestattungsfeld zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet:

- 1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten,*
- 2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben,*
- 3. Kerzen und Lampen aufzustellen,*
- 4. Anpflanzungen vorzunehmen.*

Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.

Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.

§ 19

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Ludwigshafen am Rhein, den.....
Stadtverwaltung

gez.

Jutta Steinruck
I. Oberbürgermeisterin

**Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein,
zuletzt geändert durch Satzung vom 11.02.2019**

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.03.2017 (GVBl. S. 21), sowie der §§ 2 Abs. 3, 5 Abs. 2 und 6 Abs. 1 des Bestattungsgesetzes von Rheinland-Pfalz (BestG) vom 04.03.1983 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2014 (GVBl. S. 301), erlässt die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf Beschluss des Stadtrates vom 07.12.2009 folgende Satzung

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Friedhofsatzung gilt für die im Gebiet der Stadt Ludwigshafen am Rhein liegenden und von ihr verwalteten Friedhöfe: Hauptfriedhof, die Friedhöfe in den Stadtteilen Edigheim, Friesenheim, Maudach, Mundenheim, Oggersheim, Oppau, Rheingönheim und Ruchheim.
- (2) Für den jüdischen Friedhof ist diese Satzung insoweit anzuwenden, als für diesen keine besonderen Vorschriften anzuwenden sind.

§ 2

Rechtscharakter und Friedhofsziel

- (1) Die Friedhöfe werden als Teil des Eigenbetriebes „Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen (WBL)“ nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung in der jeweils gültigen Fassung und den Bestimmungen der „Satzung für den Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen (WBL) – Eigenbetrieb der Stadt Ludwigshafen am Rhein – (Betriebssatzung)“ geführt.
- (2) Sie dienen der Bestattung aller Personen, die
 1. bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt Ludwigshafen am Rhein waren,
 2. ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte haben oder,
 3. ohne Einwohner zu sein, nach dem Bestattungsgesetz zu bestatten sind.
- (3) Im Übrigen erfolgt die Zulassung zur Bestattung durch die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen.

§ 3

Schließung und Aufhebung

- (1) Ein Friedhof oder ein Friedhofsteil kann aus zwingendem Grund auf Beschluss des Stadtrates für weitere Bestattungen gesperrt (Schließung) oder anderen Zwecken gewidmet werden (Aufhebung).
- (2) Von dem im Beschluss des Stadtrates festgesetzten Zeitpunkt an
 1. werden bei der Schließung Bestattungen nicht mehr durchgeführt. Dem Nutzungsberechtigten eines Familien- oder Partnergrabes wird für eine evtl. restliche Nutzungszeit des Familien- oder Partnergrabes auf Antrag eine andere Grabstätte zur Verfügung gestellt oder der auf die Restzeit des Nutzungsrechtes anfallende Teilbetrag der gezahlten Nutzungsgebühr erstattet;

2. verliert der Friedhof die Eigenschaft als Ruhestätte der Toten. Wenn die Ruhezeit eines in einem Reihengrab, Familiengrab oder Partnergrab Bestatteten noch nicht abgelaufen ist, wird dieser umgebettet. Die erforderliche Versetzung eines Grabzeichens sowie andere notwendige Aufwendungen werden auf Kosten der Stadt Ludwigshafen vorgenommen.
- (3) Schließung oder Aufhebung werden ortsüblich öffentlich bekannt gemacht; der Nutzungsberechtigte eines Familien- oder Partnergrabes wird außerdem schriftlich benachrichtigt, wenn sein Aufenthalt bekannt oder zu ermitteln ist.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4 Besuchszeiten

- (1) Der Aufenthalt auf den Friedhöfen ist nur während der Besuchszeiten gestattet. Die Besuchszeiten sind den Jahreszeiten entsprechend unterschiedlich und an den jeweiligen Friedhöfen durch Aushang veröffentlicht. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann einen Friedhof bei außergewöhnlichen Anlässen ganz oder teilweise für alle Besucher sperren oder den Zutritt auf einzelne Besucher beschränken. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Gericht, die Staatsanwaltschaft oder die Polizei die Sperrung zur Aufklärung einer strafbaren Handlung für erforderlich hält.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Die Besucher haben sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Aufsichtspersonals sind zu befolgen.
- (2) Kinder unter 10 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (3) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,
 1. mit Fahrzeugen aller Art zu fahren. Dies gilt nicht für Rollstühle, für Rettungs- und Krankenfahrzeuge, Dienstfahrzeuge der Stadtverwaltung sowie zugelassene Fahrzeuge der Gewerbetreibenden mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 7,5 t.
 2. Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten,
 3. an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung oder Gedenkfeier Arbeiten auszuführen,
 4. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren oder zu filmen,
 5. Druckschriften zu verteilen,
 6. Tiere mit Ausnahme von Blindenhunden mitzubringen,
 7. von den Grabstätten abgeräumte Pflanzen oder sonstige Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen zu lagern,
 8. zu spielen, zu lärmern oder Musikwiedergabegeräte zu benutzen,
 9. um Gaben und Geschenke zu betteln oder Sammlungen durchzuführen.

Die Bestimmungen in Abs. 3 Nr. 2 und 9 gelten auch für die Friedhofszugänge. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

- (4) Feiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens vier Tage vorher anzumelden.

§ 6

Gewerbliche Arbeiten

- (1) Der Nutzungsberechtigte hat der Friedhofsverwaltung die Beauftragung von Dienstleistungserbringern anzuzeigen. Bei der Beauftragung ist § 26 zu beachten.
- (2) Zugelassen sind nur solche Dienstleistungserbringer, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind (vgl. § 26 Abs. 3).
- (3) Sofern die Friedhofsverwaltung innerhalb eines Monats nach Anzeige keine Bedenken anmeldet, können die Arbeiten ausgeführt werden. Vor Ablauf eines Monats darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der Friedhofsatzung und die Vollständigkeit der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.
- (4) Für die Ausführung der Tätigkeit ist jeweils eine ausreichende Haftpflichtversicherung nachzuweisen. Die Friedhofsverwaltung kann hiervon Ausnahmen zulassen.
- (5) Dienstleistungen dürfen nur werktags während der Öffnungszeiten der Friedhöfe ausgeführt werden; sie sind spätestens eine halbe Stunde vor Schließung der Friedhöfe, jedoch spätestens bis 18.00 Uhr zu beenden. An Samstagen darf nach 12 Uhr nur mit besonderer Erlaubnis der Friedhofsverwaltung gearbeitet werden. Die Friedhofsverwaltung kann außerdem anordnen, dass an bestimmten Tagen oder zu bestimmten Stunden gewerbliche Arbeiten nicht ausgeführt werden dürfen. Bestattungen dürfen durch gewerbliche Arbeiten nicht gestört werden.
- (6) Die Dienstleistungserbringer dürfen die Friedhofswege nur zur Ausübung ihrer Tätigkeit mit dafür in Bezug auf Größe und Gewicht (§ 5 Abs. 3 Nr.1) geeigneten gummibereiften Fahrzeugen im Schrittempo befahren. Das Befahren bestimmter Wege kann untersagt werden.
- (7) Die für die Arbeiten erforderlichen Baumaterialien, Maschinen und Geräte dürfen nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht stören. Erde und sonstige Materialien sind auf die dafür bestimmten Plätze zu bringen. Die durch die Friedhofsverwaltung aufgestellten Abfallstellen dürfen durch die Dienstleistungserbringer nicht benutzt werden. Abgeräumte Grabmale und Einfassungen sind grundsätzlich aus dem Friedhof zu entfernen.

§ 7

Widerruf der besonderen Zulassung

- (1) Die besondere Zulassung zur Ausübung gewerblicher Arbeiten kann widerrufen werden, insbesondere wenn
 1. der Dienstleistungserbringer oder seine Bediensteten Bestimmungen dieser Satzung nicht beachten,
 2. der Dienstleistungserbringer oder seine Bediensteten dem Einrichtungszweck widersprechende Arbeiten ausführen,
 3. der Dienstleistungserbringer sich in persönlicher, fachlicher oder betrieblicher Hinsicht als unzuverlässig erweist oder
 4. der Dienstleistungserbringer festgesetzte Gebühren nicht entrichtet.
- (2) Die Untersagung kann befristet oder unbefristet erteilt werden.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 8

Anzeigepflicht

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Stadtverwaltung – Friedhofsverwaltung – anzumelden. Dabei ist die Todesbescheinigung des Arztes vorzulegen. Die Anmeldung des Sterbefalles beim Standesamt ist nachzuweisen. Das gleiche gilt für ein totgeborenes oder in der Geburt verstorbenes Kind, wenn das Gewicht mindestens 500 Gramm beträgt.
- (2) Als Bestattung im Sinne dieser Satzung gilt die Erdbestattung von Leichen oder Leichenresten sowie die Beisetzung der Asche von Leichen oder Leichenresten unter oder über der Erde.
- (3) Wird eine Bestattung in einer Familien- oder Partnergrabstätte beantragt, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.

§ 9 Bestattungszeiten

- (1) Die Bestattungszeiten werden von der Friedhofsverwaltung festgesetzt, wobei die Wünsche der Beteiligten möglichst zu berücksichtigen sind. Bestattungen finden grundsätzlich nur während der normalen Arbeitszeit des Friedhofspersonals statt; Sonn- und Feiertage sind von Bestattungen freizuhalten.
- (2) Soll aus zwingenden Gründen eine Bestattung ausnahmsweise außerhalb der normalen Arbeitszeit erfolgen, ist die Erlaubnis der Friedhofsverwaltung rechtzeitig einzuholen. Der anfallende Mehraufwand ist vom Antragsteller zu tragen.
- (3) Aschen müssen spätestens zwei Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden; ist bis dahin der Grabplatz nicht bestimmt, erfolgt die Beisetzung in einer Urnenreihengrabstätte. Bei ordnungsbehördlichen Beisetzungen können von der Friedhofsverwaltung Ausnahmen zugelassen werden.

§ 10 Benutzung der Trauerhallen

- (1) Die Friedhofsverwaltung stellt in den Friedhöfen Trauerhallen zur Verfügung. Sie dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Die Trauerhallen stehen für alle Bestattungsfeiern zur Verfügung.
- (2) Die Trauerhallen und die Aufbahrungsräume werden auf Antrag der Hinterbliebenen durch die Friedhofsverwaltung mit Pflanzen und Blumen geschmückt. Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, die Ausschmückung in widerruflicher Weise privaten Unternehmen zu übertragen.
- (3) Sofern nichts anderes bestimmt ist, werden Särge 15 Minuten vor Beginn der Bestattungsfeiern geschlossen und dürfen dann nicht mehr geöffnet werden.
- (4) Zutritt zu den Aufbahrungsräumen haben nach vorheriger Anmeldung bei der Friedhofsverwaltung nur die Angehörigen des Verstorbenen und die in ihrer Begleitung befindlichen Personen. Ärzten, Mitarbeitern der Gerichte und der Staatsanwaltschaft sowie Polizeibeamten ist der Zutritt in Ausübung ihres Dienstes gestattet.

§ 11 Bestattung

Bestattungen sind in den Friedhöfen ausschließlich von der Friedhofsverwaltung vorzunehmen. Dazu gehören insbesondere

- das Einstellen und Aufbahnen der Leichen in den Trauerhallen,
- der Transport der Särge zu den Gräbern mit den vorbereitenden und abschließenden Arbei-

- ten, das Öffnen und Schließen der Gräber,
- das Versenken der Särge, das Einäschern der Leichen im Krematorium,
 - die Beisetzung der Urnen,
 - der Transport der Kränze und Gebinde zu den Gräbern.

§ 12 Grabherstellung

- (1) Die Gräber sind so tief auszuheben, dass der Zwischenraum zwischen der Oberkante des Sarges und der Erdoberfläche (ohne Grabhügel) mindestens 0,80 m beträgt.
- (2) Urnen sind so beizusetzen, dass die Oberkante mindestens 0,50 m unter der Erdoberfläche ist.
- (3) Vor der Erdbestattung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabmal, Einfassung, Fundament und Grabzubehör entfernen zu lassen. Vor der Urnenbeisetzung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabzubehör entfernen zu lassen. Grabmale sind bei Urnenbeisetzungen zu entfernen, sofern dies zur Durchführung der Beisetzung erforderlich ist. Wenn beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten zu erstatten.

§ 13 Särge und Urnen

- (1) Die Särge müssen fest gefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Bei Erdbestattungen sind Holzsärge aller Art zulässig, nicht dagegen Särge aus Metall oder aus nicht verrottbarem Material. Für die an die Beschaffenheit der Särge zu stellenden Anforderungen gilt im Übrigen § 5 Landesverordnung zur Durchführung des Bestattungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Die Särge sollen höchstens 2,00 m lang, 0,75 m hoch und im Mittelmaß 0,70 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist dies aus bestattungstechnischen Gründen der Friedhofsverwaltung rechtzeitig vor der Bestattung anzuzeigen.
- (3) Für die Bestattung in Grüften sind nur Metallsärge oder Holzsärge mit Metallschutz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.
- (4) Die Beisetzung von Urnen in Steinkästen oder nicht innerhalb der Ruhezeit vergänglichen Überurnen ist nicht zulässig.
- (5) Die Bestattung in einer Baumgrabstätte und einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld erfolgt nur in einer dafür vorgesehenen biologisch abbaubaren Urne.

§ 14 Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit für Leichen und Aschen beträgt 20 Jahre; bei Kindern die vor Vollendung des sechsten Lebensjahres verstorben sind und bei Urnen, die in einer Baumgrabstätte oder einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld bestattet sind, beträgt die Ruhezeit 15 Jahre.
- (2) Die Ruhezeit beginnt mit der Bestattung und endet nach 20 bzw. 15 Jahren mit Ablauf des Kalendermonats, der in seiner Benennung dem der Bestattung entspricht.

§ 15

Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Friedhofsverwaltung als örtlicher Ordnungsbehörde. Die Zustimmung wird nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte sind innerhalb der Stadt Ludwigshafen nicht zulässig.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- bzw. Aschenreste können mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Friedhofsverwaltung als örtlicher Ordnungsbehörde in Partner- oder Wahlgrabstätten umgebettet werden, sofern die Nutzungsgebühr der Grabstätte vollständig bezahlt worden ist.
- (4) Umbettungen erfolgen nur auf schriftlichen Antrag. Antragsberechtigt sind bei Umbettungen aus Reihengrabstätten die Verantwortlichen nach § 9 Abs. 1 S. 2 BestG. Bei Umbettungen aus Wahl- oder Partnergrabstätten sind die Verantwortlichen nach § 9 Abs. 1 S. 2 BestG antragsberechtigt; die Einwilligung des jeweiligen Nutzungsberechtigten ist nachzuweisen. Die Friedhofsverwaltung ist bei dringendem öffentlichem Interesse berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.
- (5) Umbettungen werden ausschließlich von der Friedhofsverwaltung durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung, der bei Leichen nur in den Monaten November bis März möglich ist. Ausgrabungen von Leichen und Aschen erfolgen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Angehörigen der Verstorbenen.
- (6) Umbettungen von Aschen aus einer Baumgrabstätte oder einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld sind nicht zulässig.
- (7) Die Kosten der Umbettung hat der Antragsteller zu tragen. Gleiches gilt für den Ersatz von Schäden, die durch eine Umbettung an benachbarten Grabstätten und Anlagen entstehen. Ausgenommen sind vorsätzlich herbeigeführte Schäden.
- (8) Der Ablauf der Ruhezeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (9) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur auf behördliche oder richterliche Anordnung ausgegraben werden.

IV. Grabstätten

§ 16 Allgemeines

- (1) Sämtliche Grabstätten bleiben Eigentum der Stadt Ludwigshafen am Rhein; an ihnen besteht nur ein Nutzungsrecht im Rahmen dieser Satzung.
- (2) Das Nutzungsrecht an einer Grabstätte umfasst
 1. die Bestattung einer Leiche oder die Beisetzung einer Urne
 2. die gärtnerische Gestaltung und die Pflege des Grabes
 3. das Aufstellen eines Grabzeichens
- (3) Die Grabstätten werden beim Todesfall bzw. beim Erwerb des Nutzungsrechts überlassen. Es

besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung. Beeinträchtigungen durch Bäume oder Anpflanzungen sind zu dulden.

(4) Die Grabstätten werden unterschieden in

1. Reihengräber
2. Partnergräber
3. Wahlgräber

(5) Die Wege zwischen den Gräbern sind einheitlich zu gestalten. Das erforderliche Material ist auf dem jeweiligen Friedhof erhältlich.

§ 17 Reihengräber

(1) Reihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, die der Reihe nach belegt und für die Dauer der Ruhezeit (§ 14) des zu Bestattenden abgegeben werden. Die Nutzungsdauer entspricht der Ruhezeit. Eine Verlängerung der Nutzungsdauer ist nicht möglich. Grundsätzlich darf in einem Reihengrab nur eine Leiche bestattet oder eine Urne beigesetzt werden; mit Genehmigung der Friedhofsverwaltung sind Ausnahmen zulässig.

(2) Es werden eingerichtet:

1. Reihengräber für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr; sie haben folgende Regemaße:

Länge:	1,50 m	Breite:	0,75 m
		Abstand:	0,50 m

2. Reihengräber für alle anderen Leichen; sie haben folgende Regemaße:

Länge:	2,30 m	Breite:	1,00 m
		Abstand:	0,30 m

3. Urnenreihengräber; sie haben folgende Regemaße:

Länge:	1,00 m	Breite:	0,75 m
		Abstand:	0,25 m

Daneben sind andere Grabstätten mit anderen Abmessungen vorhanden.

(3) Abweichungen von den Maßen sind zulässig, falls die Planung dies erfordert.

(4) Bestattungen in Reihengräbern sind in dem Friedhof des Stadtteiles durchzuführen, in dem der Verstorbene seinen letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatte; beim Vorliegen besonderer Umstände kann die Friedhofsverwaltung Ausnahmen zulassen.

(5) Vor Ablauf der Ruhezeit werden die Nutzungsberechtigten durch öffentliche Bekanntmachung und einen Hinweis auf dem betreffenden Grabfeld über die bevorstehende Räumung des Grabfeldes informiert. Die Grabstätten können dann innerhalb einer Frist von drei Monaten von den Nutzungsberechtigten abgeräumt werden. Wird eine Grabstätte nicht geräumt, werden Grabzeichen, Grabeinfassungen und Pflanzen, beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 31 Abs. 2 als

herrenlose Sache behandelt.

§ 17a
Reihengräber mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag

- (1) Es werden Erdbeisetzungen und Urnenbeisetzungen in Einzelgräbern und Urnenbeisetzungen in Gemeinschaftsgrabanlagen durchgeführt.
- (2) Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Dauergrabpflegevertrages und der Errichtung eines Grabmales.
- (3) Die Grabstätten werden erst beim Todesfall überlassen. Die Überlassung erfolgt der Reihe nach für die Dauer der Ruhezeit (§ 14).

§ 18
Partnergräber

- (1) Partnergräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als einstellige Grabstätten vergeben. Die Lage der Partnergräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.
- (2) Das Nutzungsrecht beginnt mit Aushändigung der Nutzungsurkunde. Es endet nach 30 Jahren mit Ablauf des Kalendermonats, der in seiner Benennung dem der Aushändigung der Nutzungsurkunde entspricht.
- (3) Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden, wenn der/die zweite Verstorbene im Partnergrab beigesetzt worden ist. § 20 Abs. 7 bleibt unberührt. Wenn nach Ablauf des Nutzungsrechtes der zweite Partner noch nicht beigesetzt worden ist, kann das Nutzungsrecht um die Dauer der Ruhezeit (§ 14) oder um 5, 10 oder 15 Jahre verlängert werden.
- (4) Ein Partnergrab hat folgende Maße:

1. Partnergrabstätten für die Beisetzung von Leichen

Länge:	2,30 m	Breite:	1,00 m
		Abstand:	0,30 m

2. Urnenreihengräber; sie haben folgende Regemaße:

Länge:	1,00 m	Breite:	0,75 m
		Abstand:	0,25 m

- (5) Abweichungen von den Maßen nach Abs. 4 sind zulässig, falls die Planung dies erfordert.

§ 18a
Partnergräber mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag

- (1) Es werden Erdbeisetzungen und Urnenbeisetzungen in einstelligen Grabstätten durchgeführt. Die Lage der Partnergräber wird durch die Friedhofsverwaltung bestimmt.
- (2) Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Dauergrabpflegevertrages und der Errichtung eines Grabmales.

- (3) Das Nutzungsrecht beginnt mit Aushändigung der Nutzungsurkunde. Es endet nach 30 Jahren mit Ablauf des Kalendermonats, der in seiner Benennung dem der Aushändigung der Nutzungsurkunde entspricht.
- (4) § 18 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

§ 19 Größe der Familien- und Partnergräber

- (1) Die Wahlgrabstätten werden angelegt als
1. Wahlgräber für Erdbestattungen (Erd-Familiengräber),
 2. Wahlgräber für Urnenbeisetzungen (Urnen-Familiengräber),
 3. Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen
 - a) in Urnenmauernischen
 - b) in Urnenstelen
 - c) in Urnengemeinschaftsgrabanlagen
 - d) in Baumgräbern an einem Gemeinschaftsbaum
 - e) als Familienbaum,
 4. Wahlgrabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen.
- (2) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Die Lage der Wahlgräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.
- (3) Bei Baumgrabstätten und Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld wird auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren verliehen.
- (4) Das Nutzungsrecht beginnt mit Aushändigung der Nutzungsurkunde. Es endet nach 25 bis 30 Jahren mit Ablauf des Kalendermonats, der in seiner Benennung dem der Aushändigung der Nutzungsurkunde entspricht. Für Nutzungsrechte, die vor dem 01.01.2006 erworben wurden, bleibt das Nutzungsrecht von 40 Jahren bestehen.
- (5) Das Nutzungsrecht kann auf schriftlichen Antrag um die volle Nutzungszeit oder um 5, 10, 15, 20, 25 Jahre verlängert werden. Dem Antrag wird nur stattgegeben, wenn das Wahlgrab ordnungsgemäß angelegt und unterhalten sowie die Nutzungsgebühr vollständig bezahlt worden ist. Bei einer verbleibenden Nutzungszeit des Wahlgrabes über 5 Jahre ist eine Verlängerung nicht möglich. Die Verlängerung erstreckt sich auf die gesamte Grabstätte.
- (6) Ein Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengrab) hat die Maße:

Länge:	2,50 m	Breite:	1,00 m
		Abstand:	0,50 m

Ein Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengrab) hat die Maße:

Länge:	1,00 m	Breite:	1,00 m
		Abstand:	0,25 m

- (7) Abweichungen von den Maßen nach Abs. 6 sind zulässig, falls die örtliche Gegebenheit dies erfordert.

§ 20
Belegung der Wahl- und Partnergräber

- (1) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. Nr. 1 (Erd-Familiengräber) können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) und bis zu vier Ascheurnen beigesetzt werden.
- (2) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) können vier Ascheurnen beigesetzt werden.
- (3) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Erdbestattungen können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) beigesetzt oder eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.
- (4) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Urnenbeisetzungen können zwei Urnen beigesetzt werden
- (5) In einer Urnenmauernische, Urnenstele und in einer Urnengemeinschaftsgrabanlage können zwei Ascheurnen beigesetzt werden.
- (6) In einer Baumgrabstätte, die sich an einem Gemeinschaftsbaum befindet, kann eine Urne beigesetzt werden.
- (6a) In einer Baumgrabstätte, angelegt als Familienbaum, können bis zu acht Urnen beigesetzt werden.
- (6b) In einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld können in ausgewiesenen Flächen
 1. zwei Leichen übereinander oder in Ausnahmefällen eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden;
 2. eine Urne beigesetzt werden.
- (7) Die Bestattung in einem Wahl- oder Partnergrab ist nur dann zulässig, wenn das Nutzungsrecht an dem Grab sich mindestens bis zum Ende der Ruhezeit der beizusetzenden Leiche oder Urne erstreckt. Endet das Nutzungsrecht vor diesem Zeitpunkt, muss es mindestens um die vollen Jahre verlängert werden, die bis zum Ende der Ruhezeit fehlen. Das gleiche gilt bei mehrstelligen Grabstätten.
- (8) In einem bereits doppelt belegten Wahlgrab ist die Bestattung einer weiteren Leiche oder Urne nur möglich, wenn die Ruhezeit der zuletzt bestatteten Leiche oder Urne abgelaufen ist.
- (9) In einem bereits doppelt belegten Partnergrab ist die Bestattung einer weiteren Leiche oder Urne nicht möglich
- (10) Ausnahmen von der Belegung können von der Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen zugelassen werden.

§ 21
Umfang und Rückgabe des Nutzungsrechts an einem Wahl- und Partnergrab

- (1) Der Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsatzung das Recht, Verstorbene in dem Wahlgrab bestatten zu lassen und nach seinem Ableben in dem Wahlgrab bestattet zu werden.

- (2) Das Nutzungsrecht kann mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auf eine andere Person übertragen werden. Die Übertragung erfolgt nur, wenn die an der Übertragung beteiligten Personen in die Übertragung schriftlich einwilligen. Die Bestimmung des Rechtsnachfolgers soll bereits mit Stellung des Antrages durch schriftliche Erklärung gegenüber der Friedhofsverwaltung erfolgen. Ist eine Bestimmung nicht erfolgt, so geht im Falle des Ablebens des Nutzungsberechtigten das Nutzungsrecht in nach-stehender Reihenfolge über:
1. überlebender Ehegatte bzw. eingetragener Lebenspartner,
 2. Kinder,
 3. Enkel,
 4. Geschwister,
 5. Eltern,
 6. die nicht unter Nr. 1 bis 5 fallenden Erben.
- (3) Die in Abs. 2 genannten Personen haben der Friedhofsverwaltung innerhalb von drei Monaten nach dem Tode des bisherigen Nutzungsberechtigten den neuen Nutzungsberechtigten zu benennen. Wird ein Nutzungsberechtigter nicht benannt, werden weitere Bestattungen so lange nicht zugelassen.
- (4) Das Nutzungsrecht an einem unbelegten Wahl- oder Partnergrab kann jederzeit zurückgegeben werden. Das Nutzungsrecht an einem belegten Wahl- oder Partnergrab kann erst dann zurückgegeben werden, wenn die Ruhezeit des zuletzt Verstorbenen abgelaufen ist. Die Rückgabe muss vom Nutzungsberechtigten schriftlich bei der Friedhofsverwaltung angezeigt werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Bei der Rückgabe des Nutzungsrechtes wird die entrichtete Gebühr nicht zurückerstattet.
- (5) Die Grabräumung erfolgt durch die Friedhofsverwaltung oder den Nutzungsberechtigten. Die Kosten der Grabräumung werden von der Friedhofsverwaltung mit der Grabnutzungsgebühr erhoben. Bei Grabräumung durch den Nutzungsberechtigten wird die entrichtete Gebühr zurückerstattet.
- (6) Beim Tausch von Wahl- und Partnergräbern sind die Absätze 1 bis 5 entsprechend anzuwenden.

§ 22 **Erlöschen des Nutzungsrechts**

- (1) Das Nutzungsrecht erlischt
1. durch Ablauf der Nutzungszeit oder
 2. durch Entzug des Nutzungsrechtes oder
 3. durch Ablauf des Dauergrabpflegevertrages bei einer Grabstätte i. S. d. § 18a.
- (2) Das Nutzungsrecht kann entzogen werden, wenn
1. die Grabstätte mit Zubehör nicht den Vorschriften entsprechend angelegt und unterhalten wird oder
 2. die Benutzungsgebühren nicht vollständig bezahlt werden.
- (3) Vor dem Entzug, der durch die Friedhofsverwaltung verfügt wird, muss der Nutzungsberechtigte schriftlich gegen Zustellungsnachweis zur Behebung des Mangels aufgefordert werden. Ist der Berechtigte unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine einmalige öffentliche Aufforderung in ortsüblicher Weise.

- (4) Nach Entzug des Nutzungsrechts kann die Friedhofsverwaltung über die Grabstätte frei verfügen. Über Grabzeichen und Grabeinfassung, die nicht innerhalb einer gesetzten Frist entfernt werden, wird gem. § 31 Abs. 2 verfügt.

V. Gestaltung der Grabstätten

§ 23 Allgemeine Gestaltungsvorschriften

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.
- (2) Frühestens drei, spätestens sechs Monate nach der Bestattung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts ist die Grabstätte gärtnerisch anzulegen; Reihengräber werden vorher von der Friedhofsverwaltung planiert. Die Höhe der Grabhügel darf bei Urnengräbern 5 cm, bei Erdgräbern 10 cm nicht übersteigen.
- (3) Pflanzenarten - insbesondere Bäume oder großwüchsige Sträucher -, die Nachbargräber sowie öffentliche Anlagen und Wege beeinträchtigen können, sind nicht zugelassen.
- (4) Allgemein sollen zwei Drittel des Grabbeetes mit einer niedrigen Flächenbepflanzung versehen werden; das Einfügen von Gruppen aus Sommerbepflanzung ist möglich. Nicht zugelassen sind Pflanzen oder Grabbinde aus künstlichem Werkstoff.

§ 24 Unterhaltung der Grabstätten

- (1) Jede Grabstätte ist bis zum Ende der Nutzungszeit zu pflegen.
- (2) Für die Herrichtung und Unterhaltung der Grabstätte ist der Nutzungsberechtigte verantwortlich.
- (3) Verwelkte Blumen oder Kränze sowie abgestorbene Teile der Dauerbepflanzung oder unbrauchbar gewordene Gegenstände sind von Gräbern zu entfernen und in die Abfallstellen zu verbringen.
- (4) Konservendosen, Flaschen oder ähnliche Gegenstände dürfen auf den Grabstätten nicht aufgestellt werden. Es ist verboten, solche Gegenstände oder Gießkannen, Werkzeuge und dergleichen hinten den Grabzeichen oder in der Grabumgebung dauernd sichtbar abzulegen.
- (5) Nicht gepflegte Gräber kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Nutzungsberechtigten in Ordnung bringen lassen, wenn eine Aufforderung mit Fristsetzung nicht beachtet wird. § 22 dieser Satzung bleibt unberührt.

§ 25 Wahlmöglichkeit

- (1) Auf den Friedhöfen werden Grabfelder mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften (§ 23) und nach Möglichkeit Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften eingerichtet.
- (2) Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften sind in einem Belegungsplan festgelegt. In dem Belegungsplan können für die Bepflanzung der Grabstätten Regelungen über die Art der Bepflanzung und Gestaltung der Grabstätte erlassen werden.

- (3) Bei der Zuweisung einer Grabstätte kann der Antragsteller bestimmen, ob diese in einem Grabfeld mit allgemeinen oder mit besonderen Gestaltungsvorschriften liegen soll. Entscheidet der Antragsteller sich für eine Grabstätte mit besonderen Gestaltungsvorschriften, so ist er verpflichtet, die Gestaltungsvorschrift dieser Friedhofsatzung einzuhalten. Eine entsprechende schriftliche Erklärung ist durch den Antragsteller zu unterzeichnen.
- (4) Wird von dieser Wahlmöglichkeit bei der Anmeldung der Bestattung kein Gebrauch gemacht, erfolgt die Bestattung in einer Gräberabteilung mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften.

§ 26

Grabmale und sonstige bauliche Anlagen

- (1) Grabmale und sonstige baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Für die Erstellung, die Abnahmeprüfung und die jährliche Prüfung der Grabanlagen gilt die Technische Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein Akademie e. V. (DENAK) in der aktuellen Ausgabe (Fassung). Für das Errichten und Versetzen von Grabmalen muss bei der Friedhofsverwaltung ein schriftlicher Antrag (Anzeige) nach der TA Grabmal gestellt werden.
- (2) Für alle neu errichteten, versetzten und reparierten Grabmale hat der Steinmetz oder vergleichbar geeignete Dienstleistungserbringer eine Abnahmeprüfung nach Ziffer 4 der TA Grabmal vorzunehmen. Der Prüfablauf ist nachvollziehbar zu dokumentieren und der Friedhofsverwaltung anzuzeigen.
- (3) Fachlich geeignet im Sinne von § 6 Abs. 2 Satz 1 sind Personen, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes, die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der TA Grabmal die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. Die Personen müssen in der Lage sein für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmaterial auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Ferner müssen die Personen die Standsicherheit von Grabmalen beurteilen können und fähig sein mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu dokumentieren und kontrollieren. Die fachliche Geeignetheit ist nachzuweisen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann die Beseitigung nicht angezeigter Grabmale, Einfassungen und sonstiger baulicher Anlagen anordnen. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Anordnung innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Beseitigung und Entsorgung auf Kosten des Nutzungsberechtigten vornehmen zu lassen. Für etwaige Schäden, die dabei an den Grabzeichen entstehen und nicht auf Vorsatz beruhen, übernimmt die Friedhofsverwaltung keine Haftung.
- (5) Wird das Grabmal oder die sonstigen baulichen Anlagen nicht innerhalb eines Jahres nach Anzeige errichtet bzw. geändert ist eine erneute Anzeige erforderlich.

§ 27

Gestaltung

- (1) Alle Grabzeichen müssen gut gestaltet sein. Benachbarte Grabzeichen sind nach Größe, Werkstoff und Werkstoffbehandlung aufeinander abzustimmen.
- (2) Grabmale und Einfassungen sind so zu gestalten, mit ihrer Umgebung in Einklang zu bringen und instand zu halten, dass sie der Würde des Friedhofes entsprechen.

- (3) Grabmale aus Stein dürfen nur aus einer Gesteinsart bestehen. Die Oberfläche ist allseitig steinmetzmäßig und werkstoffgerecht zu bearbeiten. Die Flächen dürfen nicht gewachst, geölt oder angestrichen werden.
- (4) Findlinge dürfen nur ausnahmsweise aufgestellt werden.
- (5) Bei den an Friedhofsmauern gelegenen Grabstätten sind Wandplatten an der Mauer anzubringen. Maßstab für die Größe der Platten ist die Höhe der Mauer und die Größe des Grabes. Das Material muss sich sowohl farblich als auch in seiner Flächenbehandlung der Mauer anpassen. In besonderen Fällen können auch liegende Grabplatten zugelassen werden.
- (6) Grabmale und deren Bestandteile sowie Einfassungen dürfen nur aus Holz, Naturstein, Schmiedeeisen, Bronze, Kupfer, Aluminium und Sicherheitsglas bestehen. Farbanstriche sind nicht zulässig.
- (7) Sockel dürfen nicht höher als 15 cm sein. Bei Grabzeichen aus Stein gilt der Sockel als Bestandteil des Grabmales und unterliegt den hierfür geltenden Bestimmungen.
- (8) Vorläufige Grabzeichen müssen der von der Friedhofsverwaltung gewählten Ausführung entsprechen.

§ 28 Schrift- und Schmuckform

- (1) Größe und Anordnung von Grabinschriften und Schmuckformen sind der Größe des Grabzeichens anzupassen. Sie sollten aus dem Material herausgearbeitet oder stark vertieft eingehauen werden. Vertiefte Inschriften und Schmuckformen dürfen unaufdringlich getönt werden; Gold- und Silberbronzierungen sind zu vermeiden.
- (2) Inschriften und Schmuckformen, die der Würde des Ortes nicht entsprechen, sind nicht gestattet.
- (3) Das Anbringen von Schildern und Platten aus Glas, Porzellan, Emaille oder anderen Kunststoffen ist untersagt.

§ 29 Standicherheit

Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Grabmale sind so zu fundamentieren, dass es nur zu geringen Setzungen kommt und diese Setzungen gegebenenfalls mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand korrigiert werden können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend. Verantwortlich ist der Nutzungsberechtigte.

§ 30 Verkehrssicherungspflicht für Grabmale

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu halten. Sie sind jährlich mindestens einmal nach der Frostperiode zu überprüfen oder überprüfen zu lassen. Verantwortlich hierfür ist der Nutzungsberechtigte.
- (2) Ist die Standicherheit eines Grabmales, sonstiger baulicher Anlagen oder von Teilen davon gefährdet, ist der Nutzungsberechtigte verpflichtet, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwal-

tung nicht innerhalb einer angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung dazu auf Kosten des Verantwortlichen berechtigt. Sie kann das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen entfernen.

- (3) Bei Gefahr in Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umlegen von Grabmalen) nach pflichtgemäßem Ermessen treffen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung ist verpflichtet, entfernte Gegenstände drei Monate aufzubewahren. Danach werden die Grabmale und sonstigen Gegenstände bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen als herrenlose Sache behandelt.
- (5) Für alle Schäden, die durch mangelhafte Gründung der Unterhaltung der Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen entstehen, haftet der Nutzungsberechtigte.

§ 31 Entfernen von Grabmalen

- (1) Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten, nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahl- und Partnergrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale innerhalb einer Frist von drei Monaten durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt die Grabstätte räumen zu lassen. Holt der Nutzungsberechtigte das Grabmal nicht innerhalb von drei Monaten ab, wird es bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen als herrenlose Sache behandelt.

§ 32 Gestaltung der Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften

- (1) Die Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung den nachstehenden Anforderungen entsprechen:

Für Grabmale dürfen nur Natursteine oder Holz oder geschmiedetes oder gegossenes Metall verwendet werden.

Findlinge, findlingsähnliche, unbearbeitete, bruchrauhe, grellweiße und tiefschwarze Steine sind nicht zugelassen.

Bei der Gestaltung und Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:

1. Alle Steine müssen allseitig und gleichmäßig bearbeitet sein,
 2. alle Bearbeitungsarten sind zulässig, außer Politur
 3. Politur ist nur als gestalterisches Element für Ornament und Schrift erlaubt, sofern sie nicht überwiegt
 4. die Grabmale müssen aus einem Stück hergestellt sein, sie dürfen keine Sockel haben
 5. nicht zugelassen sind alle nicht aufgeführten Materialien, Zutaten, Gestaltungs- und Bearbeitungsarten, insbesondere Beton, Glas, Emaille, Kunststoff, Lichtbilder, Gold, Silber, Bronze und Farben
 6. Grabeinfassungen und Grababdeckungen sind nicht zugelassen.
- (2) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:

1. Stehende Grabmale
 - a) bei einstelligen Gräbern:
Höhe 0,80 bis 1,20 m, Breite bis 0,60 m, Mindeststärke 0,18 m;
 - b) bei mehrstelligen Gräbern:
Höhe 1,00 bis 1,20 m, Breite bis 1,40 m, Mindeststärke 0,18 m.
 2. Liegende Grabmale
 - a) bei einstelligen Gräbern:
Breite bis 0,60 m, Länge 0,70 bis 0,90 m, Höhe 0,14 m bis 0,30 m;
 - b) bei mehrstelligen Gräbern:
Breite bis 0,75 m, Länge 0,80 bis 1,20 m, Höhe 0,14 bis 0,30 m.
- (3) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Urnenbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:
1. Stehende Grabmale mit quadratischem oder rundem Grundriss 0,40 x 0,40 m, Höhe 0,80 bis 1,20 m;
 2. Liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höchstmaß 0,70 x 0,70 m, Höhe der hinteren Kante 0,16 m
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 1 bis 3 zulassen und auch sonstige bauliche Anlagen zulassen.
- (5) Für Urnenstelen, Urnengemeinschaftsgrab- anlagen, Baumbestattungen und Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld gelten besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften, die dieser Satzung als Anlage 1, 2, 3 und 4 beigefügt sind.

VI. Schlussvorschriften

§ 33 Ausnahmeregelung für den jüdischen Friedhof

Die Bestimmungen dieser Satzung über die Ruhe- und Nutzungszeiten der Grabstätten, über Grabzeichen, bauliche Anlagen und Pflege der Gräber gelten für den jüdischen Friedhof im Hauptfriedhof nur insoweit, als sie den jüdischen Riten nicht entgegenstehen.

§ 34 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 24 Abs. 5 GemO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. den Friedhof entgegen den Bestimmungen des § 4 betritt,
 2. sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder Anordnungen des Aufsichtspersonals nicht befolgt (§ 5 Abs. 1),
 3. gegen die Bestimmungen des § 5 Abs. 3 Satz 1 verstößt,
 4. gegen die Bestimmungen des § 6 Abs. 4, 5, 6 oder 7 verstößt,
 5. eine Bestattung nicht unverzüglich anmeldet (§ 8 Abs. 1),
 6. Aufbahrungsräume entgegen § 10 Abs. 4 betritt,
 7. Grabstätten vernachlässigt (§§ 23 und 24),
 8. als Nutzungsberechtigter oder Dienstleistungserbringer Grabmale oder sonstige bauliche

- Anlagen ohne vorherige Anzeige (§ 6 Abs. 1) errichtet, verändert (§ 26 Abs. 2) oder entfernt (§ 31),
9. Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§§ 29 und 30),
 10. die Bestimmungen über zulässige Gestaltung und Maße für Grabmale nicht einhält (§ 32 Abs. 1 bis Abs. 5).
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000,00 € geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) findet in seiner jeweils gültigen Fassung Anwendung.

§ 35 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.01.2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein vom 11.01.1988, zuletzt geändert durch Satzung vom 21.11.2006, außer Kraft.

Ludwigshafen am Rhein, den 17.12.2009

Stadtverwaltung

gez.

Dr. Lohse

Oberbürgermeisterin

Anlage 1

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnenstelen

Urnenstelen zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Bisher gab es die Grabstätte „Urnenstelen als Familiengrab“ nicht. Daher existieren auch keine Nutzungs- und Gestaltungsrichtlinien. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung:

Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten die zur Urnenstele gehörende Nische und die ausschließlich dafür vorgesehene und zu verwendende Kammerverschlussplatte nach der jeweils gültigen Friedhofs- und Bestattungsgebührenordnung zur Verfügung.

Die Gestaltung der Anlage und künftige Veränderungen obliegen, bei pflichtgemäßem Ermessen und unter Berücksichtigung des Friedhofszwecks, ausschließlich dem Friedhofsträger.

Es ist daher untersagt, den Grabplatz zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet:

1. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben vor den Grabkammern niederzulegen
2. Kerzen und Lampen aufzustellen

Abgelegter Grabschmuck wird durch den Friedhofsträger umgehend entfernt und entsorgt.

Die Beschriftung der Kammerverschlussplatte obliegt dem Nutzungsberechtigten.

Anlage 2

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnengemeinschaftsgrabanlage

Urnengemeinschaftsgrabanlagen zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Bisher gab es die Grabstätte „Urnengemeinschaftsanlage als Familiengrab“ nicht. Daher existieren auch keine Nutzungs- und Gestaltungsrichtlinien. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung:

Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten den jeweils dazugehörenden Grabstein, die Bodenplatte und das Fundament zur Verfügung und sorgt für die Verdübelung. Somit erwirbt jeder Nutzungsberechtigte $\frac{1}{4}$ an einem Nutzungsrecht der gemeinschaftlichen Urnenstele nebst der Bodenplatte.

Die Gestaltung der Anlage und zukünftige Veränderungen obliegen, bei pflichtgemäßem Ermessen und unter Berücksichtigung des Friedhofszwecks, dem Friedhofsträger

Die Urnengemeinschaftsstelen und die dazugehörigen Bodenplatten sind aus Naturstein. Das Grabfeld ist als Rasenfläche angelegt. Es ist untersagt, Gegenstände irgendwelcher Art ins Erdreich einzulassen oder darauf abzulegen. Als Ablagefläche für Pflanzenschmuck oder Schalen dient nur die zur Stele gehörende Bodenplatte. Abgelegt Grabbeigaben oder Bepflanzungen werden durch die Friedhofsverwaltung entfernt und entsorgt.

Für die Bearbeitung des Schriftbildes gilt folgendes:

1. Zugelassen sind nur Bronzetafeln mit den Maßen 320 x 240 mm
2. Die Beschriftung kann mit der Bronzetafel gegossen werden oder als Buchstaben auf die Tafel aufgebracht werden.
3. Für ein einheitliches Schriftbild hat der Nutzungsberechtigte Sorge zu tragen, d. h. sollte die Inschrift in die Bronzetafel gegossen sein ist eine nachträgliche Anbringung von Buchstaben nicht zulässig.
4. Die Pflichten gehen bei Übertragung des Nutzungsrechtes auf den Rechtsnachfolger über.

Anlage 3

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für Baumbestattungen

Die Baumgrabstätten zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.

Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten den erworbenen Familienbaum bzw. den entsprechenden Grabplatz an einem Gemeinschaftsbaum zur Verfügung.

Im Bereich der Kronentraufen von vorhandenen und neu gepflanzten Bäumen wurden die Grabplätze eingerichtet. Die Bäume wurden als Gruppen- und Einzelbäume angepflanzt.

Das gewachsene, weitestgehend naturbelassene Baumbestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, den Grabplatz zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet:

1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten,
2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben,
3. Kerzen und Lampen aufzustellen,
4. Anpflanzungen vorzunehmen.

Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.

Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.

Anlage 4

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für naturnahe Bestattungsfelder

Die Grabstätten im naturnahen Bestattungsfeld zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.

Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten die erworbene Grabstätte im naturnahen Bestattungsfeld zur Verfügung. Die Grabstätten werden im naturnahen Bestattungsfeld in ausgewiesenen Flächen erstellt.

Das gewachsene und weitestgehend naturbelassene naturnahe Bestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, das Bestattungsfeld zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet:

1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten,
2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben,
3. Kerzen und Lampen aufzustellen,
4. Anpflanzungen vorzunehmen.

Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.

Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.

Alt	Neu
<p>§ 9 Bestattungszeiten</p> <p>(3) Aschen müssen spätestens zwei Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden; ist bis dahin der Grabplatz nicht bestimmt, erfolgt die Beisetzung in einer Urnenreihengrabstätte.</p>	<p>§ 9 Bestattungszeiten</p> <p>(3) Aschen müssen spätestens zwei Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden; ist bis dahin der Grabplatz nicht bestimmt, erfolgt die Beisetzung in einer Urnenreihengrabstätte. Bei ordnungsbehördlichen Beisetzungen können von der Friedhofsverwaltung Ausnahmen zugelassen werden.</p>
<p>§ 12 Grabherstellung</p> <p>(3) Vor der Bestattung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabzubehör entfernen zu lassen. Wenn beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten zu erstatten.</p>	<p>§ 12 Grabherstellung</p> <p>(3) Vor der Erdbestattung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabmal, Einfassung, Fundament und Grabzubehör entfernen zu lassen. Vor der Urnenbeisetzung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabzubehör entfernen zu lassen. Grabmale sind bei Urnenbeisetzungen zu entfernen, sofern dies zur Durchführung der Beisetzung erforderlich ist. Wenn beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten zu erstatten.</p>
<p>§ 13 Säрге</p> <p>(5) Die Bestattung in einer Baumgrabstätte erfolgt nur in einer dafür vorgesehenen biologisch abbaubaren Urne.</p>	<p>§ 13 Säрге und Urnen</p> <p>(5) Die Bestattung in einer Baumgrabstätte und einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld erfolgt nur in einer dafür vorgesehenen biologisch abbaubaren Urne.</p>
<p>§ 14 Ruhezeit</p> <p>(1) Die Ruhezeit für Leichen und Aschen beträgt 20 Jahre; bei Kindern die vor Vollendung des sechsten Lebensjahres verstorben sind und bei Urnen, die in einer Baumgrabstätte bestattet sind, beträgt die Ruhezeit 15 Jahre.</p>	<p>§ 14 Ruhezeit</p> <p>(1) Die Ruhezeit für Leichen und Aschen beträgt 20 Jahre; bei Kindern die vor Vollendung des sechsten Lebensjahres verstorben sind und bei Urnen, die in einer Baumgrabstätte oder einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld bestattet sind, beträgt die Ruhezeit 15 Jahre.</p>
<p>§ 15 Umbettungen</p> <p>(2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung wird nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte sind innerhalb der Stadt Ludwigshafen nicht zulässig.</p>	<p>§ 15 Umbettungen</p> <p>(2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Friedhofsverwaltung als örtlicher Ordnungsbehörde. Die Zustimmung wird nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte sind innerhalb der Stadt Ludwigshafen nicht zulässig.</p>

<p>(3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- bzw. Aschenreste können mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung in belegte Grabstätten umgebettet werden.</p> <p>(4) Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt sind bei Umbettungen aus Reihengrabstätten die Verantwortlichen nach § 9 Abs. 1 BestG. Bei Umbettungen aus Familien- oder Partnergrabstätten ist der jeweilige Nutzungsberechtigte antragsberechtigt; die Einwilligung der nach § 9 Abs. 1 BestG Verantwortlichen ist nachzuweisen. Die Friedhofsverwaltung ist bei dringendem öffentlichem Interesse berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.</p> <p>(5) Umbettungen werden ausschließlich von der Friedhofsverwaltung durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung, der bei Leichen nur in den Monaten November bis März möglich ist.</p> <p>(6) Umbettungen aus einer Baumgrabstätte sind nicht zulässig.</p>	<p>(3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- bzw. Aschenreste können mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Friedhofsverwaltung als örtlicher Ordnungsbehörde in Partner- oder Wahlgrabstätten umgebettet werden, sofern die Nutzungsgebühr der Grabstätte vollständig bezahlt worden ist.</p> <p>(4) Umbettungen erfolgen nur auf schriftlichen Antrag. Antragsberechtigt sind bei Umbettungen aus Reihengrabstätten die Verantwortlichen nach § 9 Abs. 1 S. 2 BestG. Bei Umbettungen aus Wahl- oder Partnergrabstätten sind die Verantwortlichen nach § 9 Abs. 1 S. 2 BestG antragsberechtigt; die Einwilligung des jeweiligen Nutzungsberechtigten ist nachzuweisen. Die Friedhofsverwaltung ist bei dringendem öffentlichem Interesse berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.</p> <p>(5) Umbettungen werden ausschließlich von der Friedhofsverwaltung durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung, der bei Leichen nur in den Monaten November bis März möglich ist. Ausgrabungen von Leichen und Aschen erfolgen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Angehörigen der Verstorbenen.</p> <p>(6) Umbettungen von Aschen aus einer Baumgrabstätte oder einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld sind nicht zulässig.</p>
<p>§ 16 Allgemeines</p> <p>(4) Die Grabstätten werden angelegt als</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Reihengräber, Familiengräber und Partnergräber für Erdbestattungen 2. Reihengräber, Familiengräber und Partnergräber für Urnenbeisetzungen 3. Familiengrabstätten für Urnenbeisetzungen in <ol style="list-style-type: none"> a) Urnenmauernischen b) Urnenstelen c) Urnengemeinschaftsgrabanlagen d) Baumgräbern 4. Erd- und Urnenreihengräber als Grabstätten mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag 5. Erd- und Urnenfamiliengräber als Grabstätten mit privatrechtlichem Dauergrabpfleg 6. Erdpartner- und Urnenpartnergrab mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag 	<p>§ 16 Allgemeines</p> <p>(4) Die Grabstätten werden unterschieden in</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Reihengräber 2. Partnergräber 3. Wahlgräber
<p>§ 18 Familien- und Partnergräber</p>	<p>§ 18 Familien- und Partnergräber</p>

<p>(1) Familien- und Partnergräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Die Lage der Familiengräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt. Die Lage der Partnergräber wird von der Friedhofsverwaltung bestimmt.</p> <p>(2) Bei Baumgrabstätten wird auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren verliehen.</p> <p>(3) Das Nutzungsrecht beginnt mit Aushändigung der Nutzungsurkunde. Es endet nach 25 bis 30 Jahren mit Ablauf des Kalendermonats, der in seiner Benennung dem der Aushändigung der Nutzungsurkunde entspricht. Für Nutzungsrechte, die vor dem 01.01.2006 erworben wurden, bleibt das Nutzungsrecht von 40 Jahren bestehen.</p> <p>(4) Das Nutzungsrecht kann auf Antrag um die volle Nutzungszeit oder um 5, 10, 15, 20, 25 Jahre verlängert werden. Dem Antrag wird nur stattgegeben, wenn das Familien- bzw. Partnergrab ordnungsgemäß angelegt und unterhalten worden ist. Die Verlängerung erstreckt sich auf die gesamte Grabstätte. Nach Ablauf der Ruhefrist des/der zweiten im Partnergrab beisetzen Verstorbenen ist eine weitere Verlängerung des Nutzungsrechtes ausgeschlossen.</p>	<p>(1) Familien- und Partnergräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als einstellige oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Die Lage der Partnergräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt. Die Lage der Partnergräber wird von der Friedhofsverwaltung bestimmt.</p> <p>(2) Bei Baumgrabstätten wird auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren verliehen.</p> <p>(2) Das Nutzungsrecht beginnt mit Aushändigung der Nutzungsurkunde. Es endet nach 25 bis 30 Jahren mit Ablauf des Kalendermonats, der in seiner Benennung dem der Aushändigung der Nutzungsurkunde entspricht. Für Nutzungsrechte, die vor dem 01.01.2006 erworben wurden, bleibt das Nutzungsrecht von 40 Jahren bestehen.</p> <p>(3) Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden, wenn der/die zweite Verstorbene im Partnergrab beigesetzt worden ist. § 20 Abs. 7 bleibt unberührt. Wenn nach Ablauf des Nutzungsrechtes der zweite Partner noch nicht beigesetzt worden ist, kann das Nutzungsrecht um die Dauer der Ruhezeit (§ 14) oder um 5, 10 oder 15 Jahre verlängert werden.</p> <p>(4) Ein Partnergrab hat folgende Maße:</p> <p>1. Partnergrabstätten für die Beisetzung von Leichen: Länge: 2,30 m Breite: 1,00 m Abstand: 0,50 m</p> <p>2. Partnergrabstätte für die Beisetzung von Urnen: Länge: 1,00 m Breite: 0,75 m Abstand: 0,25 m</p> <p>(5) Abweichungen von den Maßen nach Abs. 4 sind zulässig, falls die Planung dies erfordert.</p>
<p>§ 18a Familien- und Partnergräber mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag</p> <p>(1) Es werden Erdbeisetzungen und Urnenbeisetzungen in Einzelgräbern und Urnenbeisetzungen in Gemeinschaftsgrabanlagen durchgeführt. Die Lage der Familiengräber wird abhängig von der Gestal-</p>	<p>§ 18a Familien- und Partnergräber mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag</p> <p>(1) Es werden Erdbeisetzungen und Urnenbeisetzungen in einstelligen Grabstätten und Urnenbeisetzungen in Gemeinschaftsgrabanlagen durchgeführt. Die Lage der Familiengräber wird abhängig von der</p>

<p>tung mit dem Antragsteller bestimmt. Die Lage der Partnergräber wird durch die Friedhofsverwaltung bestimmt.</p> <p>(4) Das Nutzungsrecht kann auf Antrag um die volle Nutzungszeit oder um 5, 10, 15, 20 oder 25 Jahre verlängert werden. Nach Ablauf der Ruhefrist des/der zweiten im Partnergrab beigesetzten Verstorbenen ist eine weitere Verlängerung des Nutzungsrechtes ausgeschlossen.</p>	<p>Gestaltung mit dem Antragsteller bestimmt. Die Lage der Partnergräber wird durch die Friedhofsverwaltung bestimmt.</p> <p>(4) § 18 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.</p>
<p>§ 19 Größe der Familien- und Partnergräber</p> <p>(1) Ein Familiengrab hat – soweit es sich nicht um eine Baumgrabstätte handelt – folgende Maße:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Familiengrabstätte für die Bestattung von Leichen: ... 2. Familiengrabstätte für die Beisetzung von Urnen: ... <p>Daneben sind andere Grabstätten mit anderen Abmessungen vorhanden.</p> <p>(2) Ein Partnergrab hat folgende Maße:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Partnergrabstätten für die Beisetzung von Leichen ... 2. Partnergrabstätte für die Beisetzung von Urnen: ... 	<p>§ 19 Wahlgräber</p> <p>(1) Die Wahlgrabstätten werden angelegt als</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wahlgräber für Erdbestattungen (Erd-Familiengräber), 2. Wahlgräber für Urnenbeisetzungen (Urnen-Familiengräber), 3. Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen <ol style="list-style-type: none"> a) in Urnenmauernischen b) in Urnenstelen c) in Urnengemeinschaftsgrabanlagen d) in Baumgräbern an einem Gemeinschaftsbaum e) als Familienbaum, 4. Wahlgrabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen. <p>(2) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Die Lage der Wahlgräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.</p> <p>(3) Bei Baumgrabstätten und Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld wird auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren verliehen.</p> <p>(4) Das Nutzungsrecht beginnt mit Aushändigung der Nutzungsurkunde. Es endet nach 25 bis 30 Jahren mit Ablauf des Kalendermonats, der in seiner Benennung dem der Aushändigung der Nutzungsurkunde entspricht. Für Nutzungsrechte, die vor dem 01.01.2006 erworben wurden, bleibt das Nutzungsrecht von 40 Jahren bestehen.</p> <p>(5) Das Nutzungsrecht kann auf schriftlichen Antrag um die volle Nutzungszeit oder um 5, 10, 15, 20, 25 Jahre verlängert werden. Dem Antrag wird nur stattgegeben, wenn das Wahlgrab ordnungsgemäß an-</p>

	<p>gelegt und unterhalten sowie die Nutzungsgebühr vollständig bezahlt worden ist. Bei einer verbleibenden Nutzungszeit des Wahlgrabes über 5 Jahre ist eine Verlängerung nicht möglich. Die Verlängerung erstreckt sich auf die gesamte Grabstätte.</p> <p>(6) Ein Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengrab) hat die Maße: Länge: 2,50 m Breite: 1,00 m Abstand 0,50 m.</p> <p>Ein Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengrab) hat die Maße: Länge: 1,00 m Breite: 1,00 m Abstand 0,25 m</p> <p>(7) Abweichungen von den Maßen nach Abs. 6 sind zulässig, falls die örtliche Gegebenheit dies erfordert.</p>
<p>§ 20 Belegung der Familien- und Partnergräber</p> <p>(1) In einem Familiengrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) und bis zu vier Ascheurnen beigesetzt werden.</p> <p>(2) In einem Familiengrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 können vier Ascheurnen beigesetzt werden.</p> <p>(3) In einem Partnergrab i. S. des § 19 Abs. 2 Nr. 1 können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) beigesetzt oder eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.</p> <p>(4) In einem Partnergrab i. S. des § 19 Abs. 2 Nr. 2 können zwei Urnen beigesetzt werden</p> <p>(6) In einer Baumgrabstätte werden 1. Bei einem Familien- oder Partnerschaftsbaum bis zu 8 Urnen beigesetzt. 2. Bei einem Gemeinschaftsbaum bis zu 16 Urnen beigesetzt.</p>	<p>§ 20 Belegung der Wahl- und Partnergräber</p> <p>(1) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. Nr. 1 (Erd-Familiengräber) können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) und bis zu vier Ascheurnen beigesetzt werden.</p> <p>(2) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) können vier Ascheurnen beigesetzt werden.</p> <p>(3) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Erdbestattungen können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) beigesetzt oder eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.</p> <p>(4) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Urnenbeisetzungen können zwei Urnen beigesetzt werden</p> <p>(6) In einer Baumgrabstätte, die sich an einem Gemeinschaftsbaum befindet, kann eine Urne beigesetzt werden.</p> <p>(6a) In einer Baumgrabstätte, angelegt als Familienbaum, können bis zu acht Urnen beigesetzt werden.</p> <p>(6b) In einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld können in ausgewiesenen Flächen 1. zwei Leichen übereinander oder in Ausnahmefällen eine Leiche und eine</p>

<p>(7) Die Bestattung in einem Familien- oder Partnergrab ist nur dann zulässig, wenn das Nutzungsrecht an dem Grab sich mindestens bis zum Ende der Ruhezeit der beizusetzenden Leiche oder Urne erstreckt. Endet das Nutzungsrecht vor diesem Zeitpunkt, muss es mindestens um die vollen Jahre verlängert werden, die bis zum Ende der Ruhezeit fehlen. Das gleiche gilt bei mehrstelligen Grabstätten.</p> <p>(8) In einem bereits doppelt belegten Familiengrab ist die Bestattung einer weiteren Leiche oder Urne nur möglich, wenn die Ruhezeit der zuletzt bestatteten Leiche oder Urne abgelaufen ist.</p>	<p style="text-align: right;">Urne beigesetzt werden; 2. eine Urne beigesetzt werden.</p> <p>(7) Die Bestattung in einem Wahl- oder Partnergrab ist nur dann zulässig, wenn das Nutzungsrecht an dem Grab sich mindestens bis zum Ende der Ruhezeit der beizusetzenden Leiche oder Urne erstreckt. Endet das Nutzungsrecht vor diesem Zeitpunkt, muss es mindestens um die vollen Jahre verlängert werden, die bis zum Ende der Ruhezeit fehlen. Das gleiche gilt bei mehrstelligen Grabstätten.</p> <p>(8) In einem bereits doppelt belegten Wahlgrab ist die Bestattung einer weiteren Leiche oder Urne nur möglich, wenn die Ruhezeit der zuletzt bestatteten Leiche oder Urne abgelaufen ist.</p>
<p>§ 21 Umfang und Rückgabe des Nutzungsrechts an einem Familien- und Partnergrab</p> <p>(1) Der Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsatzung das Recht Verstorbene in dem Familiengrab bestatten zu lassen und nach seinem Ableben in dem Familiengrab bestattet zu werden. § 20 Abs. 5 bleibt unberührt.</p> <p>(2) Das Nutzungsrecht kann mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auf eine andere Person übertragen werden. Die Übertragung erfolgt nur, wenn die jeweilige Person ihre Einwilligung zum Übergang erklärt. Die Bestimmung des Rechtsnachfolgers soll bereits mit Stellung des Antrages durch schriftliche Erklärung gegenüber der Friedhofsverwaltung erfolgen. Ist eine Bestimmung nicht erfolgt, so geht im Falle des Ablebens des Nutzungsberechtigten das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge über: ...</p> <p>(4) Das Nutzungsrecht an einem unbelegten Familiengrab kann jederzeit zurückgegeben werden. Das Nutzungsrecht an einem belegten Familiengrab kann erst dann zurückgegeben werden, wenn die Ruhezeit des zuletzt Verstorbenen abgelaufen ist. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Bei der Rückgabe des Nutzungsrechtes wird die entrichtete Gebühr nicht zurückerstattet.</p> <p>(6) Beim Tausch von Familiengräbern sind die Absätze 1 bis 5 entsprechend anzuwenden.</p>	<p>§ 21 Umfang und Rückgabe des Nutzungsrechts an einem Wahl- und Partnergrab</p> <p>(1) Der Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsatzung das Recht, Verstorbene in dem Wahlgrab bestatten zu lassen und nach seinem Ableben in dem Wahlgrab bestattet zu werden. § 20 Abs. 5 bleibt unberührt.</p> <p>(2) Das Nutzungsrecht kann mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auf eine andere Person übertragen werden. Die Übertragung erfolgt nur, wenn die an der Übertragung beteiligten Personen in die Übertragung schriftlich einwilligen. Die Bestimmung des Rechtsnachfolgers soll bereits mit Stellung des Antrages durch schriftliche Erklärung gegenüber der Friedhofsverwaltung erfolgen. Ist eine Bestimmung nicht erfolgt, so geht im Falle des Ablebens des Nutzungsberechtigten das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge über: ...</p> <p>(4) Das Nutzungsrecht an einem unbelegten Wahl- oder Partnergrab kann jederzeit zurückgegeben werden. Das Nutzungsrecht an einem belegten Wahl- oder Partnergrab kann erst dann zurückgegeben werden, wenn die Ruhezeit des zuletzt Verstorbenen abgelaufen ist. Die Rückgabe muss vom Nutzungsberechtigten schriftlich bei der Friedhofsverwaltung angezeigt werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Bei der Rückgabe des Nutzungsrechtes wird die entrichtete Gebühr nicht zurückerstattet.</p> <p>(6) Beim Tausch von Wahl- und Partnergräbern sind</p>

	die Absätze 1 bis 5 entsprechend anzuwenden.
<p>§ 26 Grabmale und sonstige bauliche Anlagen</p> <p>(1) Grabmale und sonstige baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Für die Erstellung, die Abnahmeprüfung und die jährliche Prüfung der Grabanlagen gilt die Technische Anleitung zur Standicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein Akademie e. V. (DENAK), Stand August 2006.</p>	<p>§ 26 Grabmale und sonstige bauliche Anlagen</p> <p>(1) Grabmale und sonstige baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Für die Erstellung, die Abnahmeprüfung und die jährliche Prüfung der Grabanlagen gilt die Technische Anleitung zur Standicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein Akademie e. V. (DENAK) in der aktuellen Ausgabe (Fassung). Für das Errichten und Versetzen von Grabmalen muss bei der Friedhofsverwaltung ein schriftlicher Antrag (Anzeige) nach der TA Grabmal gestellt werden.</p>
<p>§ 31 Entfernen von Grabmalen</p> <p>(2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten, nach Ablauf der Nutzungszeit bei Familien- und Partnergrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale innerhalb einer Frist von drei Monaten durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt die Grabstätte räumen zu lassen. Holt der Nutzungsberechtigte das Grabmal nicht innerhalb von drei Monaten ab, wird es bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen als herrenlose Sache behandelt.</p>	<p>§ 31 Entfernen von Grabmalen</p> <p>(2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten, nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahl- und Partnergrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale innerhalb einer Frist von drei Monaten durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt die Grabstätte räumen zu lassen. Holt der Nutzungsberechtigte das Grabmal nicht innerhalb von drei Monaten ab, wird es bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen als herrenlose Sache behandelt.</p>
<p>§ 32 Gestaltung der Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften</p> <p>(2) Auf Grabstätten für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig: Bei Familien- und Partnergrabstätten: ...</p> <p>(3) Auf Urnenfamilien- und Urnenpartnergrabstätten sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig: ...</p> <p>(5) Für Urnenstelen, Urnengemeinschaftsgrabanlagen und Baumbestattungen gelten besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften, die dieser Satzung als Anlage 1, 2 und 3 beigefügt sind.</p>	<p>§ 32 Gestaltung der Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften</p> <p>(2) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig: ...</p> <p>(3) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Urnenbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig: ...</p> <p>(5) Für Urnenstelen, Urnengemeinschaftsgrabanlagen, und Baumbestattungen und Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld gelten besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften, die dieser Satzung als Anlage 1, 2, und 3 und 4 beigefügt sind.</p>
<p>Anlage 1 Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnenstelen auf den Friedhöfen Friesenheim und Ruchheim</p>	<p>Anlage 1 Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnenstelen auf den Friedhöfen Friesenheim und Ruchheim</p>

...	...
<p>Anlage 2 Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnengemeinschaftsgrabanlage auf dem Friedhof Friesenheim</p> <p>...</p>	<p>Anlage 2 Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnengemeinschaftsgrabanlage auf dem Friedhof Friesenheim</p> <p>...</p>
<p>Anlage 3 Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für Baumbestattungen auf dem Hauptfriedhof</p> <p>Die Baumgrabstätten auf dem Hauptfriedhof zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Bisher gab es die Grabstätte „Baumgrabstätte als Familiengrab“ nicht. Daher existieren auch keine Nutzungs- und Gestaltungsrichtlinien. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung:</p> <p>Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten den erworbenen Familienbaum bzw. den entsprechenden Grabplatz an einem Gemeinschaftsbaum zur Verfügung.</p> <p>Das Baumgrabfeld befindet sich auf dem Hauptfriedhof. Im Bereich der Kronentraufen von vorhandenen Bäumen und neu gepflanzten Birken wurden die Grabplätze eingerichtet. Die Birken wurden als Gruppen- und Einzelbäume angepflanzt.</p> <p>Das gewachsene, weitestgehend naturbelassene Baumbestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, den Grabplatz zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grabmale, Gedenkstein und sonstige bauliche Anlagen zu errichten 2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben 3. Kerzen und Lampen aufzustellen 4. Anpflanzungen vorzunehmen <p>Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt abgelegte Grabinsignien zu entfernen und zu entsorgen.</p> <p>Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.</p>	<p>Anlage 3 Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für Baumbestattungen auf dem Hauptfriedhof</p> <p>Die Baumgrabstätten auf dem Hauptfriedhof zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Bisher gab es die Grabstätte „Baumgrabstätte als Familiengrab“ nicht. Daher existieren auch keine Nutzungs- und Gestaltungsrichtlinien. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.</p> <p>Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten den erworbenen Familienbaum bzw. den entsprechenden Grabplatz an einem Gemeinschaftsbaum zur Verfügung.</p> <p>Das Baumgrabfeld befindet sich auf dem Hauptfriedhof. Im Bereich der Kronentraufen von vorhandenen Bäumen und neu gepflanzten Bäumen wurden die Grabplätze eingerichtet. Die Bäume wurden als Gruppen- und Einzelbäume angepflanzt.</p> <p>Das gewachsene, weitestgehend naturbelassene Baumbestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, den Grabplatz zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten, 2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben, 3. Kerzen und Lampen aufzustellen, 4. Anpflanzungen vorzunehmen. <p>Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.</p> <p>Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.</p>

---	<p>Anlage 4 Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für naturnahe Bestattungsfelder</p> <p>Die Grabstätten im naturnahen Bestattungsfeld zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.</p> <p>Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten die erworbene Grabstätte im naturnahen Bestattungsfeld zur Verfügung. Die Grabstätten werden im naturnahen Bestattungsfeld in ausgewiesenen Flächen erstellt.</p> <p>Das gewachsene und weitestgehend naturbelassene naturnahe Bestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, das Bestattungsfeld zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten, 2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben, 3. Kerzen und Lampen aufzustellen, 4. Anpflanzungen vorzunehmen. <p>Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.</p> <p>Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.</p>
-----	--

zu 2 Einführung des Gebührentatbestandes „Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld“ und redaktionelle Anpassung der Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung -Beschlussempfehlung-

Der Werkausschuss des Wirtschaftsbetriebs Ludwigshafen möge dem Stadtrat empfehlen zu beschließen:

- Die Höhe der Gebühr für den Erwerb des Nutzungsrechtes an einem Erd- bzw. Urnengrab in einem Grabfeld für naturnahe Bestattungen wird entsprechend der nachfolgenden Erläuterungen festgesetzt.
- Die beigefügte Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Gebühr für die Benutzung der Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen der Stadt Ludwigshafen am Rhein, zuletzt geändert durch Satzung vom 15.12.2014, wird beschlossen.

B e s c h l u s s

Einstimmig angenommen-----

Begründung der Notwendigkeit:

1. Einführung eines Gebührentatbestandes für den Erwerb eines Nutzungsrechtes an einer Erd- bzw. Urnengrabstätte in einem Grabfeld für naturnahe Bestattungen

Der erste Bauabschnitt des im April im Werkausschuss vorgestellten Bestattungsfelds für naturnahe Bestattungen auf dem Friedhof Oggersheim befindet sich aktuell in der Fertigstellung, so dass dort ab März 2019 Beisetzungen durchgeführt werden können. Insgesamt entstehen in diesem Bauabschnitt auf einer Fläche von rund 8.000 m² 40 Erdgräber, sowie 1.300 Urnengräber auf Wiesenflächen und in Baumbereichen.

Um die Bestattungen nach Fertigstellung ausführen zu können ist es nun notwendig die entsprechenden Gebührentatbestände zu schaffen.

In der Kalkulation berücksichtigt sind neben den Herstellungskosten in Höhe von 235.000 Euro insbesondere die Kosten der Pflege der Grabanlage, die entstehenden Kapitalkosten, sowie der Kostenanteil, den jedes Grab zur Finanzierung der Friedhofsinfrastruktur (Rahmengrün, Wege, Parkplätze, sanitäre Anlagen, etc.) beiträgt, bezogen auf die 25-jährige Laufzeit der Grabnutzungsrechte.

Daraus ergibt sich,

für ein 25-jähriges Nutzungsrecht an einer Erdgrabstelle in einem Grabfeld für naturnahe Bestattungen zur Bestattung eine Gebühr von 2.830,00 Euro.

für ein 25-jähriges Nutzungsrecht an einer Urnengrabstelle in einem Grabfeld für naturnahe Bestattungen eine Gebühr von 1.631,00 Euro.

2. Redaktionelle Anpassung der Satzung über die Erhebung einer Gebühr für die Benutzung der Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen der Stadt Ludwigshafen am Rhein

Bisher enthält die Anlage zur Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung unter Ziffer I. Sargbestattung und Urnenbeisetzung Punkt 1.5 tiefere Ausschachtung eines Grabes den Passus „- bei Ersterwerb eines Familiengrabes -„. Dieser Passus soll zukünftig entfallen, da er nicht alle Fälle abdeckt, in denen eine tiefere Ausschachtung eines Grabes notwendig ist. Die Tiefbestattung eines Sarges wird in aller Regel beim Ersterwerb eines Familiengrabes ausgeführt. Hinzu kommen jedoch Fälle, bei denen eine Tiefbestattung in ein bestehendes Grab gewünscht wird, was bestattungsrechtlich nach Ablauf der Ruhezeit der im Grab Bestatteten auch möglich ist. Um diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen, soll die bisherige Einschränkung für eine Tiefbeisetzung nur bei Neuerwerb eines Familiengrabes entfallen.

Die Veränderungen in den Regelwerken sind in den Anlagen zur besseren Nachvollziehbarkeit jeweils unterlegt.

Synopse Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung

Anlage zur Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung

Aktuell

I. Sargbestattung und Urnenbeisetzung	
1. Sargbestattung	
1.1 Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	881,00 EUR
1.2 Kinder bis zu 6 Jahren	441,00 EUR
1.3 Früh- und Totgeburten	73,00 EUR
1.4 Beisetzung von auswärts überführten Gebeinen	391,00 EUR
1.5 tiefere Ausschachtung eines Grabes - bei Ersterwerb eines Familiengrabes -	193,00 EUR
2. Urnenbeisetzung	367,00 EUR
II. Benutzung von Friedhofseinrichtungen	
1. Aufbewahrung eines Leichnams	
1.1 Aufbewahrung eines Leichnams in einer Leichenzelle bis 96 Std. - bei Bedarf in einer Kühlzelle - bis zur Bestattung	162,00 EUR
1.2 Aufbewahrung eines Leichnams in einer Leichenzelle bis 48 Std. - bei Bedarf in einer Kühlzelle - bis zur Bestattung	89,00 EUR
1.3 Je weiterer angefangener Tag – Leichenzelle -	61,00 EUR
1.4 Je weiterer angefangener Tag – Kühlzelle –	51,00 EUR
2. Trauerhallenbenutzung	
2.1 mit musikalischer Begleitung bis 30 Minuten	384,00 EUR
2.2 ohne musikalische Begleitung bis 30 Minuten	358,00 EUR
2.3 Trauerhallennutzung je weitere 15 Minuten	143,00 EUR
3. Benutzung des Sektionsraumes	126,00 EUR

Anlage zur Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung

Zukünftig

I. Sargbestattung und Urnenbeisetzung	
1. Sargbestattung	
1.1 Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	881,00 EUR
1.2 Kinder bis zu 6 Jahren	441,00 EUR
1.3 Früh- und Totgeburten	73,00 EUR
1.4 Beisetzung von auswärts überführten Gebeinen	391,00 EUR
1.5 tiefere Ausschachtung eines Familiengrabes	193,00 EUR
2. Urnenbeisetzung	367,00 EUR
II. Benutzung von Friedhofseinrichtungen	
1. Aufbewahrung eines Leichnams	
1.1 Aufbewahrung eines Leichnams in einer Leichenzelle bis 96 Std. - bei Bedarf in einer Kühlzelle - bis zur Bestattung	162,00 EUR
1.2 Aufbewahrung eines Leichnams in einer Leichenzelle bis 48 Std. - bei Bedarf in einer Kühlzelle - bis zur Bestattung	89,00 EUR
1.3 Je weiterer angefangener Tag – Leichenzelle -	61,00 EUR
1.4 Je weiterer angefangener Tag – Kühlzelle –	51,00 EUR
2. Trauerhallenbenutzung	
2.1 mit musikalischer Begleitung bis 30 Minuten	384,00 EUR
2.2 ohne musikalische Begleitung bis 30 Minuten	358,00 EUR
2.3 Trauerhallennutzung je weitere 15 Minuten	143,00 EUR
3. Benutzung des Sektionsraumes	126,00 EUR

Aktuell

Zukünftig

III. Überlassung von Grabnutzungsrechten	III. Überlassung von Grabnutzungsrechten
1. Erwerb eines 30-jährigen Nutzungsrechtes an einem einstelligen Familien- oder Partnergrab für Erdbestattungen oder Urnenbeisetzungen	1. Erwerb eines 30-jährigen Nutzungsrechtes an einem einstelligen Familien- oder Partnergrab für Erdbestattungen oder Urnenbeisetzungen
1.1 Familiengrab für Erdbestattungen in allgemeiner Lage 1.816,00 EUR	1.1 Familiengrab für Erdbestattungen in allgemeiner Lage 1.816,00 EUR
1.2 Familiengrab für Erdbestattungen in besonderer Lage 2.339,00 EUR	1.2 Familiengrab für Erdbestattungen in besonderer Lage 2.339,00 EUR
1.3 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in allgemeiner Lage 1.041,00 EUR	1.3 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in allgemeiner Lage 1.041,00 EUR
1.4 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in besonderer Lage 1.564,00 EUR	1.4 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in besonderer Lage 1.564,00 EUR
1.5 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in Urnenmauernischen	1.5 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in Urnenmauernischen
1.5.1 im Hauptfriedhof 2.660,00 EUR	1.5.1 im Hauptfriedhof 2.660,00 EUR
1.5.2 auf dem Friedhof Mundenheim 2.261,00 EUR	1.5.2 auf dem Friedhof Mundenheim 2.261,00 EUR
1.6 Partnergrab für Erdbestattungen in allgemeiner Lage 1.713,00 EUR	1.6 Partnergrab für Erdbestattungen in allgemeiner Lage 1.713,00 EUR
1.7 Partnergrab für Urnenbeisetzungen in allgemeiner Lage 911,00 EUR	1.7 Partnergrab für Urnenbeisetzungen in allgemeiner Lage 911,00 EUR
1.8 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in Urnenstelen 2.572,00 EUR	1.8 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in Urnenstelen 2.572,00 EUR
1.9 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in Urnengemeinschaftsanlagen 1.825,00 EUR	1.9 Familiengrab für Urnenbeisetzungen in Urnengemeinschaftsanlagen 1.825,00 EUR
1.10 Wird das Nutzungsrecht an einem mehrstelligen Familien- oder Partnergrab erworben, so ist das jeweils Mehrfache der unter den Ziff. 1.1 – 1.7 genannten Beträge zu entrichten.	1.10 Wird das Nutzungsrecht an einem mehrstelligen Familien- oder Partnergrab erworben, so ist das jeweils Mehrfache der unter den Ziff. 1.1 – 1.7 genannten Beträge zu entrichten.
1.11 Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/30 der unter Ziff. 1.1 bis 1.9 genannten Beträge zu entrichten. Ziff. 1.10 gilt entsprechend.	1.11 Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/30 der unter Ziff. 1.1 bis 1.9 genannten Beträge zu entrichten. Ziff. 1.10 gilt entsprechend.
1.12 Bei einem mehrstelligen Familien- Partnergrab ist die Verlängerung des Nutzungsrechtes nur für den gesamten Grabplatz möglich. Ziff. 1.1 – 1.11 gelten entsprechend.	1.12 Bei einem mehrstelligen Familien- Partnergrab ist die Verlängerung des Nutzungsrechtes nur für den gesamten Grabplatz möglich. Ziff. 1.1 – 1.11 gelten entsprechend.

Aktuell

2. Erwerb eines 25jährigen Nutzungsrechts an einer Baumgrabstätte	
2.1 Familiengrab an einem Gemeinschaftsbaum	1.283,00 EUR
2.2 Familiengrab an einem Familien- oder Partnerschaftsbaum	9.620,00 EUR
2.3 Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/25 der unter Ziff. 2.1 und 2.2 genannten Beträge zu entrichten.	
3. Rückgabe des Nutzungsrechtes an Familiengräbern und Partnergräbern	
3.1 Verwaltungskosten (für jede Grabauflösung)	42,00 EUR
4. Abräumung von Familien- und Partnergräbern (nur bei Abräumung durch den Friedhofsbetrieb)	
4.1 Abräumung eines Erdfamilien-/Erdpartnergrabs	259,00 EUR
4.2 Abräumung eines Urnenfamilien-/Urnenpartnergrabs	191,00 EUR
4.3 Abräumung einer Urnennische in einer Mauer/Stele	151,00 EUR
4.4 Bei Abräumung von mehrstelligen Familien- oder Partnergräbern erhöhen sich Beträge der Ziffern 4.1 – 4.3 um jeweils die Hälfte	
5. Erwerb eines 20jährigen Nutzungsrechts an einem Reihengrab	
5.1 Reihengrab für Erdbestattungen	
5.1.1 Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	918,00 EUR
5.1.2 Kinder bis zu 6 Jahren	378,00 EUR
5.2 Reihengrab für Urnenbeisetzungen	565,00 EUR

Zukünftig

2. Erwerb eines 25jährigen Nutzungsrechts an einer Baumgrabstätte	
2.1 Familiengrab an einem Gemeinschaftsbaum	1.283,00 EUR
2.2 Familiengrab an einem Familien- oder Partnerschaftsbaum	9.620,00 EUR
2.3 Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/25 der unter Ziff. 2.1 und 2.2 genannten Beträge zu entrichten.	
3. Erwerb eines 25jährigen Nutzungsrechts an einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld	
<u>3.1 Erdgrabstätte</u>	<u>2.830,00 EUR</u>
<u>3.2 Urnengrabstätte</u>	<u>1.631,00 EUR</u>
4. Rückgabe des Nutzungsrechtes an Familiengräbern und Partnergräbern	
<u>4.1</u> Verwaltungskosten (für jede Grabauflösung)	42,00 EUR
5. Abräumung von Familien- und Partnergräbern (nur bei Abräumung durch den Friedhofsbetrieb)	
<u>5.1</u> Abräumung eines Erdfamilien-/Erdpartnergrabs	259,00 EUR
<u>5.2</u> Abräumung eines Urnenfamilien-/Urnenpartnergrabs	191,00 EUR
<u>5.3</u> Abräumung einer Urnennische in einer Mauer/Stele	151,00 EUR
<u>5.4</u> Bei Abräumung von mehrstelligen Familien- oder Partnergräbern erhöhen sich Beträge der Ziffern 5.1 – 5.3 um jeweils die Hälfte	
6. Erwerb eines 20jährigen Nutzungsrechts an einem Reihengrab	
<u>6.1</u> Reihengrab für Erdbestattungen	
<u>6.1.1</u> Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	918,00 EUR
<u>6.1.2</u> Kinder bis zu 6 Jahren	378,00 EUR
<u>6.2</u> Reihengrab für Urnenbeisetzungen	565,00 EUR

Aktuell

IV. Ausgrabungen und Wiederbeisetzung	
1. Ausgrabungen und Wiederbeisetzungen in ein anderes Grab auf dem gleichen Friedhof oder dem Friedhof eines anderen Stadtteiles	
1.1 Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	1.046,00 EUR
1.2 Kinder bis zu 6 Jahren	523,00 EUR
1.3 Urnen	276,00 EUR
1.4 Werden gleichzeitig mehrere in einem Grab Bestattete ausgegraben und umgebettet, so wird nur für den Bestatteten der volle Betrag berechnet, für den sich der höchste Betrag ergibt. Für alle übrigen Bestatteten ermäßigen sich die Beträge der Ziffern 1.1 bis 1.3 um die Hälfte.	
1.5 Für Ausgrabungen von Bestatteten zur Überführung nach auswärts bzw. Wiederbestattung im gleichen Grab, werden die halben Beträge der Ziffern 1.1 – 1.3 erhoben. Werden gleichzeitig mehrere in einem Grab Bestattete ausgegraben, so wird für den Bestatteten der volle Betrag berechnet, für den sich der höchste Betrag ergibt. Für alle übrigen Bestatteten ermäßigen sich die Beträge der Ziffern 1.1 -1.3 auf ein Viertel.	

Zukünftig

IV. Ausgrabungen und Wiederbeisetzung	
1. Ausgrabungen und Wiederbeisetzungen in ein anderes Grab auf dem gleichen Friedhof oder dem Friedhof eines anderen Stadtteiles	
1.1 Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	1.046,00 EUR
1.2 Kinder bis zu 6 Jahren	523,00 EUR
1.3 Urnen	276,00 EUR
1.4 Werden gleichzeitig mehrere in einem Grab Bestattete ausgegraben und umgebettet, so wird nur für den Bestatteten der volle Betrag berechnet, für den sich der höchste Betrag ergibt. Für alle übrigen Bestatteten ermäßigen sich die Beträge der Ziffern 1.1 bis 1.3 um die Hälfte.	
1.5 Für Ausgrabungen von Bestatteten zur Überführung nach auswärts bzw. Wiederbestattung im gleichen Grab, werden die halben Beträge der Ziffern 1.1 – 1.3 erhoben. Werden gleichzeitig mehrere in einem Grab Bestattete ausgegraben, so wird für den Bestatteten der volle Betrag berechnet, für den sich der höchste Betrag ergibt. Für alle übrigen Bestatteten ermäßigen sich die Beträge der Ziffern 1.1 -1.3 auf ein Viertel.	

Aktuell

<u>Aktuell</u>		<u>Zukünftig</u>	
V. Grabzeichen Bearbeitung der Anzeige zur Aufstellung, Änderung oder zum Versetzen eines Grabmals (Grabstein, Liegeplatte oder Einfassung)	52,00 EUR	V. Grabzeichen Bearbeitung der Anzeige zur Aufstellung, Änderung oder zum Versetzen eines Grabmals (Grabstein, Liegeplatte oder Einfassung)	52,00 EUR
VI. sonstige Gebühren 1. Kammerverschlussplatte mit Befestigungsmaterialien für Urnenstelen 2. Besondere und sonstige Leistungen, die in der Satzung nicht als Gebühr aufgeführt sind, oder in ihrem Ausmaß über die in der Satzung vorgesehenen Leistungen hinausgehen, werden zusätzlich berechnet. Die Gebührenhöhe bestimmt sich nach den tatsächlichen Aufwendungen und dem geltenden Stundensatz. Der Stundensatz beträgt 38,00 Euro.	281,00 EUR	VI. sonstige Gebühren 1. Kammerverschlussplatte mit Befestigungsmaterialien für Urnenstelen 2. Besondere und sonstige Leistungen, die in der Satzung nicht als Gebühr aufgeführt sind, oder in ihrem Ausmaß über die in der Satzung vorgesehenen Leistungen hinausgehen, werden zusätzlich berechnet. Die Gebührenhöhe bestimmt sich nach den tatsächlichen Aufwendungen und dem geltenden Stundensatz. Der Stundensatz beträgt 42,00 Euro.	281,00 EUR
3. Zufahrterlaubnis für Gewerbetreibende für den Zeitraum eines Kalenderjahres	52,00 EUR	3. Zufahrterlaubnis für Gewerbetreibende für den Zeitraum eines Kalenderjahres	52,00 EUR

Satzung zur Änderung der

Satzung über die Erhebung einer Gebühr für die Benutzung der Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen der Stadt Ludwigshafen am Rhein; (Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung) vom 28.06.1993, zuletzt geändert durch Satzung vom 15.12.2014

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.03.2017 (GVBl. S. 21), in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes vom 20.06.1995 (GVBl S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2015 (GVBl. S. 472), erlässt die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf Beschluß des Stadtrates vom 11.02.2019 folgende Satzung:

§ 1

Die Anlage zur Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung vom 28.06.1993 erhält folgende Fassung:

„I. Sargbestattung und Urnenbeisetzung

1.	Sargbestattung	
1.1	Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	881,00 EUR
1.2	Kinder bis zu 6 Jahren	441,00 EUR
1.3	Früh- und Totgeburten	73,00 EUR
1.4	Bestattung von auswärts überführten Gebeinen	391,00 EUR
1.5	tieferer Ausschachtung eines Familiengrabes	193,00 EUR
2.	Urnenbeisetzung	367,00 EUR

II. Benutzung von Friedhofseinrichtungen

1.	Aufbewahrung eines Leichnams	
1.1	Aufbewahrung eines Leichnams in einer Leichenzelle bis 96 Std. - bei Bedarf in einer Kühlzelle - bis zur Bestattung	162,00 EUR
1.2	Aufbewahrung eines Leichnams in einer Leichenzelle bis 48 Std. - bei Bedarf in einer Kühlzelle - bis zur Bestattung	89,00 EUR
1.3	Je weiterer angefangener Tag - Leichenzelle -	61,00 EUR
1.4	Je weiterer angefangener Tag - Kühlzelle -	51,00 EUR

2.	Trauerhallenbenutzung	
2.1	mit musikalischer Begleitung bis 30 Minuten	384,00 EUR
2.2	ohne musikalische Begleitung bis 30 Minuten	358,00 EUR
2.3	Trauerhallennutzung je weitere 15 Min.	143,00 EUR
3.	Benutzung des Sektionsraumes	126,00 EUR

III. Überlassung von Grabnutzungsrechten

1.	Erwerb eines 30jährigen Nutzungsrechtes an einem einstelligen Familien- und Partnergrab für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen	
1.1	Familiengrab für Erdbestattungen in allgemeiner Lage	1.816,00 EUR
1.2	Familiengrab für Erdbestattungen in besonderer Lage	2.339,00 EUR
1.3	Familiengrab für Urnenbeisetzungen in allgemeiner Lage	1.041,00 EUR
1.4	Familiengrab für Urnenbeisetzungen in besonderer Lage	1.564,00 EUR
1.5	Familiengrab für Urnenbeisetzungen in Urnenmauernischen	
1.51	im Hauptfriedhof	2.660,00 EUR
1.52	auf dem Friedhof Mundenheim	2.261,00 EUR
1.6	Partnergrab für Erdbestattungen in allgemeiner Lage	1.713,00 EUR
1.7	Partnergrab für Urnenbeisetzungen in allgemeiner Lage	911,00 EUR
1.8	Familiengrab für Urnenbeisetzungen in Urnenstelen	2.572,00 EUR
1.9	Familiengrab für Urnenbeisetzungen in Urnengemeinschaftsanlagen	1.825,00 EUR
1.10	Wird das Nutzungsrecht an einem mehrstelligen Familien- oder Partnergrab erworben, so ist das jeweils Mehrfache der unter den Ziff. 1.1 – 1.7 genannten Beträge zu entrichten.	
1.11	Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/30 der unter Ziff. 1.1 bis 1.9 genannten Beträge zu entrichten. Ziff. 1.10 gilt entsprechend.	
1.12	Bei einem mehrstelligen Familien- Partnergrab ist die Verlängerung des Nutzungsrechtes nur für den gesamten Grabplatz möglich. Ziff. 1.1 – 1.11 gelten entsprechend.	
2.	Erwerb eines 25jährigen Nutzungsrechtes an einer Baumgrabstätte:	
2.1	Familiengrab an einem Gemeinschaftsbaum	1.283,00 EUR
2.2	Familiengrab an einem Familien- oder Partnerschaftsbaum	9.620,00 EUR
2.3	Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/25 der unter Ziff. 2.1 und 2.2 genannten Beträge zu entrichten.	
3.	Erwerb eines 25jährigen Nutzungsrechtes an einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld	

EUR	3.1 Erdgrabstätte	2.830,00
	3.2 Urnengrabstätte	1.631,00
EUR		
4.	Rückgabe des Nutzungsrechtes an Familiengräbern und Partnergräbern	
4.1	Verwaltungskosten (für jede Grabauflösung)	42,00 EUR
5.	Abräumung von Familien und Partnergräbern	
5.1	Abräumung eines Erdfamilien- oder Erdpartnergrabes	259,00 EUR
5.2	Abräumung eines Urnenfamilien- oder Urnenpartnergrabes	191,00 EUR
5.3	Abräumung einer Urnennische in einer Mauer oder Stele	151,00 EUR
5.4	Bei Abräumung von mehrstelligen Familien- oder Partnergräbern erhöhen sich Beträge der Ziffern 5.1 – 5.3 um jeweils die Hälfte	
	Bei Gräbern, die nach dem 01.01.2010 erworben wurden, werden die Gebühren zum Zeitpunkt der Beantragung des Grabnutzungsrechtes erhoben und bei der Abräumung durch den Nutzungsberechtigten zurückerstattet.	
6.	Erwerb eines 20jährigen Nutzungsrechtes an einem Reihengrab	
6.1	Reihengrab für Erdbestattungen	
	6.1.1 Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	918,00 EUR
	6.1.2 Kinder bis zu 6 Jahren	378,00 EUR
6.2	Reihengrab für Urnenbeisetzungen	565,00 EUR
IV.	Ausgrabungen und Wiederbeisetzung	
1.	Ausgrabungen und Wiederbeisetzungen in ein anderes Grab auf dem gleichen Friedhof oder dem Friedhof eines anderen Stadtteiles	
1.1	Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	1.046,00 EUR
1.2	Kinder bis zu 6 Jahren	523,00 EUR
1.3	Urnen	276,00 EUR
1.4	Werden gleichzeitig mehrere in einem Grab Bestattete ausgegraben und umgebettet, so wird nur für den Bestatteten der volle Betrag berechnet, für den sich der höchste Betrag ergibt. Für alle übrigen Bestatteten ermäßigen sich die Beträge der Ziffern 1.1 bis 1.3 um die Hälfte.	
1.5	Für Ausgrabungen von Bestatteten zur Überführung nach auswärts bzw. Wiederbestattung im gleichen Grab, werden die halben Beträge der Ziffern 1.1 – 1.3 erhoben. Werden gleich-	

zeitig mehrere in einem Grab Bestattete ausgegraben, so wird für den Bestatteten der volle Betrag berechnet, für den sich der höchste Betrag ergibt. Für alle übrigen Bestatteten ermäßigen sich die Beträge der Ziffern 1.1 -1.3 auf ein Viertel.

V. Grabzeichen

Bearbeitung der Anzeige zur Aufstellung, Änderung oder zum Versetzen eines Grabmals (Grabstein, Liegeplatte oder Einfassung) 52,00 EUR

VI. sonstige Gebühren

1. Kammerverschlussplatte mit Befestigungsmaterialien für Urnenstelen 281,00 EUR
2. Besondere und sonstige Leistungen, die in der Satzung nicht als Gebühr aufgeführt sind, oder in ihrem Ausmaß über die in der Satzung vorgesehenen Leistungen hinausgehen, werden zusätzlich berechnet. Die Gebührenhöhe bestimmt sich nach den tatsächlichen Aufwendungen und dem geltenden Stundensatz. Der Stundensatz beträgt 42,00 Euro.
3. Zufahrtserlaubnis für Gewerbetreibende für den Zeitraum eines Jahres 52,00 EUR“

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Ludwigshafen am Rhein, den.....
Stadtverwaltung

gez.

Jutta Steinruck
Oberbürgermeisterin

III Kosten der Maßnahme

Die Kosten der Kanalbaumaßnahme betragen:

	alt	neu	Erhöhung
Reine Baukosten für Hauptkanal und Anschlüsse	755.000 €	875.000 €	120.000 €
Ingenieurleistungen und Projektsteuerung	155.000 €	155.000 €	0 €
Bodenuntersuchung und Beweissicherung	55.000 €	55.000 €	0 €
Auffüllmaterial	65.000 €	65.000 €	0 €
Deponiekosten	155.000 €	155.000 €	0 €
Gesamtsumme	1.185.000 €	1.305.000 €	120.000 €

Nach Kanalarten aufgeschlüsselt betragen die Gesamtkosten voraussichtlich:

Gesamtkosten Hauptkanal	670.000 €
Gesamtkosten Hausanschlüsse	545.000 €
Gesamtkosten Sinkkastenleitungen	90.000 €

IV Mittelbedarf

2018	125.000 €
2019	1.000.000 €
2020	180.000 €

V. Verfügbare Mittel

Die Mittel stehen im Wirtschaftsjahr 2019 unter der SAP-Nummer 50.000.607 zur Verfügung bzw. werden im Wirtschaftsplan 2020 eingestellt. Von der Kanalsanierungsmaßnahme werden anteilig rd. 230.000 Euro über Mittel der Straßena

zu 4 **Kanalsanierung Ritterstraße -Maßnahmegenehmigung-**

Der Werkausschuss Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen möge wie folgt beschließen:

Die Maßnahme Kanalsanierung „Ritterstraße“ in Höhe von

610.000 Euro
inkl. 19% MwSt.

wird genehmigt.

Beschluss

Einstimmig angenommen-----

I. Begründung der Maßnahme¹

Gemäß vorliegender TV-Untersuchungen besteht bei den Abwasserkanälen in der Ritterstraße, zwischen Kreuzung Carl-Clemm-Straße und Haus Nr. 22, auf einer Länge von ca. 120 m kurzfristiger Sanierungsbedarf.

II. Beschreibung der Maßnahme

Das vorhandene Kreisprofil DN 300 (Beton) in der Ritterstraße wird auf ca. 120 m durch Kanäle DN 300 (Steinzeug) und DN 400 (Steinzeug) ersetzt. Da die Kapazität der Sammler in der Carl-Clemm-Straße größer ist als in der Sternstraße, wird die Fließrichtung in der Ritterstraße Richtung Norden gedreht.

Bei dieser Sanierungsmaßnahme ist es erforderlich zwei Schächte durch Fertigteilschächte DN 1200 zu ersetzen und, aufgrund der Trassenverschiebung sowie der notwendigen Tieferlegung des neuen Kanals, im Anschlussbereich einen zusätzlichen Fertigteilschacht einzubauen.

Infolge des großen Kanalquerschnittes DN 1600 und des vorhandenen Tangentialschachtes (Baujahr 1997) im Anschlussbereich der Carl-Clemm-Straße, kann der neue Mischwasserkanal aus der Ritterstraße ohne zusätzliches Schachtbauwerk angeschlossen werden.

Die Kanalsanierung wird, ebenso wie die Sanierung der Anschlussleitungen, in offener Bauweise umgesetzt. Die Verlegung der neuen Profile erfolgt in einer mittleren Tiefe von ca. 2,97

1

Sanierungsbedarf	Schadensbeispiele
sofort	Risse > 8mm Breite, Verformungen > 15 % der Nennweite, Ablagerungen > 50 % des Querschnitts
kurzfristig	Risse 5–8 mm Breite, Verformungen 10–15 % der Nennweite, Ablagerungen 40–50 % des Querschnitts
mittelfristig	Risse 3–5 mm Breite, Verformungen 6–10 % der Nennweite, Ablagerungen 25–40 % des Querschnitts
langfristig	Risse 1–3 mm Breite, Verformungen 2–6 % der Nennweite, Ablagerungen 10–25 % des Querschnitts
geringfügig	Risse < 1 mm Breite, Verformungen 2 % der Nennweite, Ablagerungen < 10 % des Querschnitts

m. Die bestehenden Kanäle stammen aus dem Jahr 1934 und haben die Abschreibungsdauer von 67 Jahren überschritten.

III. Kosten der Maßnahme

Die Kosten der Kanalbaumaßnahme ergeben sich laut Kostenberechnung wie folgt:

Reine Baukosten für Hauptkanal u. Anschlüsse	370.000 EUR
Ingenieurleistungen und Projektsteuerung	90.000 EUR
Bodenuntersuchungen und Beweissicherung	40.000 EUR
Auffüllmaterial	30.000 EUR
Deponiekosten	70.000 EUR
Sonstiges	<u>10.000 EUR</u>
Summe	610.000 EUR

Nach Kanalarten aufgeschlüsselt betragen die Gesamtkosten voraussichtlich:

Gesamtkosten Hauptkanal	300.000 EUR
Gesamtkosten Hausanschlüsse	240.000 EUR
Gesamtkosten Sinkkastenleitungen	70.000 EUR

IV. Mittelbedarf

Vorjahre	30.000 EUR
2019	380.000 EUR
2020	200.000 EUR

V. Verfügbare Mittel

Die Mittel stehen im Wirtschaftsplan 2019 unter der Nummer 50.000.633 zur Verfügung bzw. werden im Wirtschaftsplan 2020 eingestellt. Von der Maßnahme werden anteilig Kosten in Höhe von rd. 131.000 Euro durch Straßenausbaubeiträge finanziert.

Montage und Inbetriebnahme	50.000,00 Euro
Ingenieurleistungen	80.000,00 Euro
	<hr/>
	350.000,00 Euro

Grundlage: Kostenberechnung des Ingenieur-Büros.

IX. Mittelbedarf

2018	20.000,00 Euro
2019	330.000,00 Euro

X. Verfügbare Mittel

Die Mittel stehen im Wirtschaftsplan 2019 zur Verfügung.

zu 6 Kanalinnensanierung Berliner Straße -Maßnahmegenehmigung-

Der Werkausschuss Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen möge wie folgt beschließen:

Die Maßnahme Kanalinnensanierung „Berliner Straße“ in Höhe von

343.000 Euro
inkl. 19% MwSt.

wird genehmigt.

B e s c h l u s s

Einstimmig angenommen-----

XI. Begründung der Maßnahme²

Im Rahmen einer TV-Untersuchung in der Berliner Straße wurden 8 Haltungen, zwischen Kaiser-Wilhelm-Straße und Dammstraße, als „kurzfristig“ bzw. „sofort“ sanierungsbedürftig eingestuft.

Auf Grund der Schadensbilder, und da eine Vergrößerung der Profile nicht erforderlich ist, können diese Haltungen kostengünstig durch Einziehen eines Liners saniert werden.

Die bestehenden Mischwasserkanäle sind in den bezeichneten Bereichen aus Betonrohren im Eiprofil 400/600 und 650/1050 hergestellt. Die Kanäle wurden in den Jahren 1886 und 1891 verlegt.

Der gesamte Sanierungsbereich erstreckt sich auf eine Länge von 295 m.

Die Kanäle weisen über alle Haltungen starke Korrosionsschäden, Risse und Scherben auf.

Des Weiteren sind Anschlussstutzen, Hausanschluss- und Sinkkastenleitungen stark sanierungsbedürftig.

XII. Beschreibung der Maßnahme

Innerhalb weniger Tage werden in die vorhandenen Profile Inliner (selbstaushärtende Kunststoff-Schläuche) eingezogen und ausgehärtet.

Um die Verkehrsbeeinträchtigung möglichst gering zu halten, werden die Sinkkasten- und Hausanschlussleitungen durch Einbau von Anschlusslinern saniert.

XIII. Kosten der Maßnahme

Die Kosten der Kanalbaumaßnahme ergeben sich laut Kostenberechnung wie folgt:

<u>Berliner Straße</u>	
Reine Baukosten für den Hauptkanal	229.000 EUR
Reine Baukosten für die HA-Anschlüsse	56.000 EUR
Reine Baukosten für die SK-Anschlüsse	6.000 EUR
Ingenieurleistungen und Projektsteuerung	<u>52.000 EUR</u>

2

Sanierungsbedarf	Schadensbeispiele
sofort	Risse > 8mm Breite, Verformungen > 15 % der Nennweite, Ablagerungen > 50 % des Querschnitts
kurzfristig	Risse 5–8 mm Breite, Verformungen 10–15 % der Nennweite, Ablagerungen 40–50 % des Querschnitts
mittelfristig	Risse 3–5 mm Breite, Verformungen 6–10 % der Nennweite, Ablagerungen 25–40 % des Querschnitts
langfristig	Risse 1–3 mm Breite, Verformungen 2–6 % der Nennweite, Ablagerungen 10–25 % des Querschnitts
geringfügig	Risse < 1 mm Breite, Verformungen 2 % der Nennweite, Ablagerungen < 10 % des Querschnitts

Summe **343.000 EUR**

Nach Kanalarten aufgeschlüsselt betragen die Gesamtkosten voraussichtlich:

Gesamtkosten Hauptkanal	269.000 EUR
Gesamtkosten Hausanschlussleitungen	66.000 EUR
Gesamtkosten Sinkkastenanschlüsse	8.000 EUR

XIV. Mittelbedarf

2018	23.000 EUR
2019	320.000 EUR

XV. Verfügbare Mittel

Im Wirtschaftsplan 2019 stehen Mittel in Höhe von 320.000 Euro unter der SAP-Nummer 50.000.137 zur Verfügung.

Die Sanierungsarbeiten in der Berliner Straße werden anteilig mit rd. 65.000 Euro über Mittel der Straßenausbaubeiträge finanziert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
14:22 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 05.02.2019

Anja Koch
Schriftführer

Klaus Dillinger
Vorsitzende/r